

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Abonnementspreis mit Illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ rei Haus für die Woche vom 24. Febr. bis 1. März 4 Spfg. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf: 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.



Anzeigengebühr für die achtebaltene Beilage ober deren Raum 20 Goldpfennige. auswärtige 25 Goldpf. Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf: 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 40.

Mittwoch, 27. Februar 1924.

31. Jahrgang.

Reichstagsauflösung?

SPD. Berlin, den 25. Februar.

Am 5. Dezember vorigen Jahres gab die Regierung Marx vor dem Reichstag ihre erste und bisher einzige Regierungserklärung ab. Entweder Ermächtigung oder Auflösung des Reichstags war damals die Quittung, mit der sie das Parlament, das sie eingeleitet hatte, bedachte. Aus innen- und außenpolitischen Gründen entschied sich der Reichstag für die Bewilligung des Ermächtigungsgesetzes, behielt sich aber eine spätere Kritik aller Verordnungen vor, die auf Grund der dem Kabinett gegebenen Vollmachten erlassen werden sollten und ging dann in die Weihnachtssferien. Seitdem gab die Reichsregierung keine programmatischen Erklärungen mehr ab und man hätte deshalb annehmen sollen, daß sie die erste Gelegenheit nach dem Zusammentritt des Reichstages benutzen würde, um dem Bedürfnis des In- und Auslandes nach einer Rechtfertigung der in der Sitzungslösung Zeit des Reichstages ergriffenen Maßnahmen Rechnung zu tragen. Der Reichskanzler, der am Dienstag die große politische Aussprache im Reichstag einleitete, hat aber nicht daran gedacht, dieser politischen Notwendigkeit nachzukommen. Er verzichtete auf die notwendige eingehende Rechtfertigung der unter seiner Führung bis heute betriebenen Innen- und Außenpolitik, verteidigte noch nicht einmal seine 70 Notverordnungen in dem erforderlichen Maße, sondern beschränkte sich im wesentlichen darauf, dem Reichstag klar zu machen, warum an den Notverordnungen im allgemeinen nichts geändert werden darf und weshalb Aufhebungsanträge verboten sind. Aber selbst diese Spezialerklärung war mehr als schwach, nicht im geringsten wirkungsvoll und überzeugend. Seit mehr als einer Woche ist die Auffassung der Reichsregierung über die von ihr geforderte Behandlung der Verordnungen durch den Reichstag bekannt und ebenso lange ist das Kabinett über die Haltung der Sozialdemokratie unterrichtet, die es als einzige Fraktion vom ersten Tage an abgelehnt hat, sich in ihren verfassungsmäßigen Pflichten von der Regierung auch nur irgendwie behindern zu lassen. Was wäre deshalb mehr angebracht gewesen, als daß Herr Marx von der Tribüne des Reichstages herab unsere Argumente entkräftete und so für die von ihm vertretene Meinung geworben hätte? Aber kein Beispiel zeichnete er dafür, daß das Verlangen der Sozialdemokratie nach Aufhebung oder Abänderung bestimmter Verordnungen die inzwischen eingetretene Stabilisierung gefährde. Der Versuch, die Auffassung der Reichsregierung vor aller Öffentlichkeit zu rechtfertigen, muß deshalb auch als fehlgeschlagen betrachtet werden. Tatsächlich hat er nicht dem Kabinett gedient, sondern viel eher die Haltung der Sozialdemokratie als vollkommen berechtigt erwiesen.

Die politische Diskussion erhielt unter diesen Umständen erst den Charakter einer sogenannten „großen“ Aussprache, als Genosse Hermann Müller die Tat und Mißfaten der gegenwärtigen Regierung bzw. ihrer Untergebenen in den letzten Monaten zusammenfassend schilderte, Kritik übte und seinen kritischen Bemerkungen positive Forderungen gegenüberstellte. Er hätte sich seine Aufgabe wesentlich leichter machen können, wenn er dem Grundgedanken des Herrn Marx gefolgt wäre, der dem Reichstag zwar das Recht gibt zu kritisieren, ihm aber gewissermaßen unterlag, dann aus dieser Kritik auch die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Praktisch würde das darauf hinauslaufen, den Reichstag zu einer Sitzung herabzuwürdigen, die wohl kritizieren darf, aber sonst weiter nichts zu sagen hat. Genosse Müller lehnte es für die Fraktion ab, sich an dieser Herabwürdigung des Reichstags zu beteiligen. Schon in der Einleitung seiner Rede ließ er dem Kanzler keinen Zweifel darüber, daß auch die Drohung mit der Auflösung des Reichstages die Sozialdemokratie nicht abhalten könne, ihren verfassungsmäßigen Pflichten nachzukommen. Diesem selbstverständlichen Hinweis folgte der Beweis, daß das Selbstlob des Herrn Marx über sich und seine Regierung, wie es in seiner Erklärung zum Ausdruck kam, keineswegs gerechtfertigt ist. Mit gutem Recht konnte Müller darauf verweisen, daß manches heute besser wäre, wenn der Reichstag schon vor Monaten den Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion gefolgt wäre. Bekanntlich hat sie bereits im April 1922 im Reichstag Anträge zur Stabilisierung der Währung eingebracht, deren Verwirklichung vielleicht die Ruhrbesetzung und das über unser Volk durch diesen widerrechtlichen Akt hereingebrochene Elend verhindert hätte. Wo schon in einer Zeit, in der die bürgerlichen Parteien einer Stabilisierung ihre Zustimmung verweigerten, ist die Sozialdemokratie für Finanzmaßnahmen zur Sicherung unserer Währung eingetreten. Allein daraus ergibt sich, daß sie heute alles Interesse daran hat, die inzwischen hauptsächlich durch ihre Mitarbeit erzielte Stabilität aufrechtzuerhalten. Nur von diesem Gesichtspunkt aus sind ihre Anträge zu den Notverordnungen der Regierung zu werten. Sie sollen zur Festigung unserer Währung dienen und alle Mängel in den Verordnungen, die diesem Ziel widersprechen, ausmerzen.

Welcher Art diese Mängel sind, ist von unserer Seite wiederholt dargelegt worden. Im Verlauf der eingeleiteten Debatte wird noch mehrfach Gelegenheit sein, erneut vor aller Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, so daß Genosse Hermann Müller sich damit begnügen konnte, vorläufig in kurzen Urteilen die Gefahren für unsere Währung in den Notverordnungen aufzuzeigen und unsere Anträge mündlich zu begründen. Selbstverständlich befaßte er sich in diesem Zusammenhang auch mit den Maßnahmen der Regierung, die der sozialen Reaktion eine Vor-

herrschaft sichern sollen und eine unerträgliche Gefährdung des Rechtsgefühls hervorgerufen haben. Unter dem Beifall seiner Fraktion konnte Müller feststellen, daß die dritte Steuernotverordnung für große Teile unseres Volkes eine Expropriation bedeute, wie sie die Weltgeschichte nicht gesehen habe.

Die Handhabung des Ausnahmezustandes gab unserem Fraktionsredner nicht nur Anlaß, die innen- und außenpolitischen Schäden der Militärherrschaft auszuweisen, sondern auch eine kurze, aber fräftige Abrechnung mit den Kommunisten zu halten. Sie wurden vollkommen berechtigt, als die Väter des verlängerten Ausnahmezustandes bezeichnet. Tatsächlich sind sie es ja auch, die den Gegnern der Republik geradezu in die Hände spielen. Das zeigt augenblicklich wieder der durch ihren Wahnsinn z. B. in Sachsen hervorgerufene Entschuldigungssturm gegen die bevorstehende Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Immer noch predigen sie die Gewalt und benutzen die von Moskau in großen Mengen zur Verfügung gestellten Summen zur Herstellung von Gewehren und Granaten, obwohl sie sich längst klar darüber sein müßten, daß ihre illegalen Versuche zur Bewaffnung der Arbeiterschaft immer wieder fehlgeschlagen müssen. Die Opfer dieser Politik bleiben natürlich die harmlosen Nachläufer. Sie werden hinter Schloß und Riegel gesetzt, während die Reaktion triumphiert und die kommunistische Taktik zum Anlaß von Forderungen nimmt, die sich gegen jenen Teil der Arbeiter richten, der den kommunistischen Parolen längst eine Abfolge erteilt hat. Bei allem Wahnsinn, der auf Befehl von Moskau in Deutschland durchzuführen versucht wird, bleibt die Sozialdemokratie Gegnerin jedes Ausnahmegesetzes. Sie ist der Auffassung, daß die Polizeigewalt heute in Deutschland stark genug ist, Umsturzversuche von vornherein zu vereiteln, zum mindesten aber sofort im Keime zu ersticken. Voraussetzung hierfür ist selbstverständlich eine zuverlässige Polizeimacht, deren Befolgung zufriedenstellend ist. Gegenwärtig ist diese Voraussetzung noch nicht erfüllt, aber vielleicht wäre es längst möglich gewesen, ihr zu entsprechen, wenn die Mittel zur Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes zur Aufbesserung der Gehälter unserer Polizeibeamten zur Verfügung gestellt worden wären. Diesem Rat, den Genosse Hermann Müller dem Reichswahlminister gab, ließ er die Forderung folgen, endlich einmal Klarheit über die Kosten des Ausnahmezustandes zu schaffen. Die nächsten Tage werden Gelegenheit geben, diese Forderung erneut zu erheben und auf ihre Erfüllung zu drängen.

Am Mittwoch wird die politische Aussprache fortgesetzt. Nimmt sie den gleichen Verlauf wie der Auftakt vom Dienstag, dann ist ziemlich sicher mit der Auflösung des Reichstages zu rechnen. Aber selbst, wenn Ueberraschungen eintreten sollten, die eine Auflösung verhindern, bleibt es Aufgabe unserer Genossen im Lande, nach wie vor mit aller Energie die Wahlen vorzubereiten. Die Rede des Reichskanzlers vom Dienstag hat der Sozialdemokratie diese Vorbereitung nicht erschwert, sondern erleichtert.

Reichstag.

Berlin, den 26. Februar 1924.

SPD. Auf der Tagesordnung der starkbesuchten Sitzung steht der Notetat für 1924 in Verbindung mit den sozialdemokratischen und deutschnationalen Anträgen auf Abänderung oder Aufhebung verschiedener unter dem Ermächtigungsgesetz erlassenen Verordnungen.

Das Wort ergreift zunächst

Reichskanzler Dr. Marx:

Am 8. Dezember hat der Reichstag durch das Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung die Vollmacht erteilt, Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die wachsende Not von Volk und Reich dringend erforderlich waren. Eine sehr große Mehrheit des Reichstages war mit der Regierung darin einig, daß zur Beseitigung der unser Volk unmittelbar bedrohenden Gefahren der ordentliche Weg der Gesetzgebung verlassen werden mußte. Drei Ziele waren es, die damals als erstrebenswert vor Augen standen: Wertschaltung des Währungsstandes, Balancierung des 1924 vorzuliegenden Etats und die Wiederherstellung der Wirtschaft. Ausgerichtet mit diesem Ermächtigungsgesetz hat die Regierung eine große Zahl von Verordnungen erlassen, die sich fast auf alle Aufgabengebiete des Staates erstrecken. Neben tief eingreifenden Steuer- und Verordnungen berühren sie die Sozialpolitik, die Wirtschaft, die Rechtspflege und zahlreiche Zweige unseres vielgestaltigen öffentlichen Lebens. Viele Verordnungen dienen der Aufgabe, Hemmnisse zu beseitigen, die in der öffentlichen Verwaltung oder im Wirtschaftsleben hervorgerufen waren und sollen zur Vereinfachung, Vereinfachung und Beschleunigung beitragen. Ob die Verordnungen überall das Richtige getroffen haben oder der jeweils eingeschlagene Weg der einzig mögliche zur Erreichung des gesteckten Zieles ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Die Kritik an Ihren Maßnahmen will die Regierung in keiner Weise bestreiten. Sie ist gewiß, daß bei objektiver ruhiger Beurteilung der ergangenen Verordnungen das Urteil dahin ausgeht, daß es der Regierung im großen und ganzen gelungen ist, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen. Die Marx ist seit Mitte November auf derselben Werthöhe geblieben, wodurch eine Beruhigung des Volkes und unserer Wirtschaft herbeigeführt worden ist. Der Haushalt, wie er in rohen Umrissen den Sachverständigen vorgelegt werden konnte, balanciert in den inneren Ausgaben des Reichs. Die wichtigste Voraussetzung freilich ist die freie Verfügung über die Steuern und Zölle auch des Rhein- und Ruhrgebietes. Den Ländern und durch sie den Gemeinden sind die erforderlichen Steuerquellen zugewiesen. Die Wirtschaft

erhebt sich langsam, aber sichtlich, wie aus der Abnahme der Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter zu erkennen ist. Das Vertrauen der Bevölkerung zum State ist wieder erstarkt.

Die Erfolge der Regierung konnten nur erreicht werden durch ungemein harte, rücksichtslose und tiefgreifende Maßnahmen, die unzweifelhaft für manche Familien schwere Not, harte Entbehrungen und frühe Sorgenstunden mit sich gebracht haben. Die Personalabbauverordnung hat in vielen Familien harte Folgen auslösen müssen, auch die Festsetzung außerordentlich geringer Gehälter für die Beamten und die Verkürzung der Arbeitszeit bei den Arbeitern und Beamten. Bedauerlich ist die Verminderung der Erwerbslosenunterstützung, und Steuern mannfacher Art preisen in weitem Umfange die Substanz der Vermögen an und belasten ramentlich auch die Landwirtschaft schwer. Aber es handelt sich darum, den Zusammenbruch des Reichs, das Notleidenden und die Fortentwicklung der deutschen Nation zu sichern. Nach der Ueberzeugung der Reichsregierung gibt es keinen anderen Weg: entweder helfen wir die Räder zum Stillstand nehmen und nehmen eine Zeitlang schwere Lasten und Sorgen auf uns oder wir stützen wieder in den Taumel der Instabilität und gehen damit unaufhaltsam dem endgültigen finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegen. Dann ist unter wirtschaftlichen Ruin und damit das Schicksal unseres Volkes besiegt. Das ist auch die übereinstimmende Meinung des Auslandes.

Den Leiden der Weissen hat die Reichsregierung nicht gefürchtet. Sie mußte den Dornenweiden mühsamer Kleinarbeit gehen und dem gequälten und gedrückten Volke neue schwere, auf die Dauer kaum erträgliche Lasten auferlegen. Freilich wird ohne eine Besserung unserer außenpolitischen Lage alle Mühe und Arbeit nur Stückwerk bleiben. Wir beklagen es, daß endlich Wirtschaftsförderung mit der Brünnung der Reparationsfrage betraut sind und leben ihrer Entscheidung mit Zuversicht entgegen. Wir hoffen, daß auch im völkerrechtlichen Vollstreckungsverfahren von der Vertretung und der militärischen Gewalt der Weg zur friedlichen Befriedung der Abwicklung führen wird.

In der Volksvertretung sehe ich das Vertrauen, daß die das Vorgehen der Regierung billigen wird. Mit dem Bewußtsein, ihre Pflicht voll und ganz erfüllt zu haben, sieht die Reichsregierung auf die mühselige Arbeit, die sie verrichtet hat. Das Ermächtigungsgesetz sagt ausdrücklich, daß die Verordnungen aufzuheben sind, wenn der Reichstag oder der Reichsrat es verlangt. Pflichtgemäß muß sich der Reichstag von dem ersten Gefühl seiner schweren Verantwortung durchdringen lassen, wenn er die Frage ermagt, ob und inwieweit er von diesem Rechte Gebrauch machen will. Nur von Aufhebung der erlassenen Verordnungen ist im Gesetz die Rede, nicht von einer Abänderung.

Abänderungsanträge sind nach dem Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes ausgeschlossen.

Eine Abänderung kann nur auf dem Wege neuer Gesetzesvorlagen oder vom Reichstag durch Initiativanträge herbeigeführt werden. Eine große Zahl der Verordnungen ist nach Inhalt der Regierung von so wesentlicher Bedeutung, daß ihre Aufhebung den schon erlangenen Erfolge völlig in Frage stellen würde. Die Reichsregierung läßt deshalb durch mich die Erklärung abgeben, daß sie den Bestand ihres ganzen Reformwerkes gefährdet und gar vernichtet sieht, wenn eine der als unumgänglich bezeichneten Verordnungen durch den Reichstag aufgehoben oder wesentlich verändert würde.

Sie erklärt, daß sie bei der Annahme eines Aufhebungsantrages sich genötigt sehen würde, die pflichtmäßigen Folgerungen daraus zu ziehen und beim Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu beantragen.

Dasselbe gilt auch von der Annahme von Initiativanträgen, die eine wesentliche Abänderung lebenswichtiger Verordnungen bedeuten würden. Die Regierung fordert mit aller Entschiedenheit das hohe Haus auf, solche Anträge, die bereits gestellt sind, zurzeit abzulehnen. Die Geltungsbauer der Verordnungen ist naturgemäß nur solange bemessen, bis die Not einigermassen behoben ist. Einige Verordnungen tragen freilich endgültigen Charakter, insbesondere die Aufwertung, bei der endliche Ruhe in unser Wirtschaftsleben kommen muß. Die Reichsregierung muß auf das dringendste verlangen, daß von der Beratung der eingebrachten Anträge in Reichstagsausschüssen Abstand genommen wird. Mit den Grundfragen der Demokratie ist dieser Wunsch der Regierung durchaus vereinbar. Das Wesen wahrer Demokratie könnte nur verkümmern, wenn das Parlament in der Zeit der Not alle geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten erschöpfen und damit die Idee durch die Form erdrücken würde. Die Reichsregierung erklärt sich jedoch bereit, in einsehenden interaktiven Verhandlungen mit den Parteien über die einzelnen Bestimmungen der Vorlagen zu beraten. Sie müßten erzwungen und noch keineswegs gesicherte Stabilität unserer finanziellen und wirtschaftlichen Lage darf nicht zur Plattform des Kampfes der Parteien werden. Regierung, Reichstag und Volk müssen einig sein in der Erkenntnis, alles Sorgen und Streben um ein zusehendes Maßnahmen und Härten unterlassen muß in dem starken Willen, das Reich und das Leben der Nation zu retten. Uns alle muß die Sorge um das gefährdete deutsche Volk höher stehen als Parteidoctrin und Machtkampf. Es geht nicht um wertvolle Maßparolen, es geht um Leben und Sterben unseres Volkes. Die Regierung lehnt sich nicht, vor Volk und Gewichte die volle Verantwortung für ihre Taten zu übernehmen in dem Bewußtsein, daß alles, was sie getan hat, dem Wohle von Reich und Volk, dem Bestand der deutschen Nation, der Rettung vor dem Untergang dienen sollte. (Mäßiger Beifall in der Mitte.)

Abg. Hermann Müller (Soz.):

Der Reichskanzler hat in einer außerordentlich ernsten Rede die Gründe auseinandergesetzt, die die Regierung veranlaßt haben, das Ermächtigungsgesetz so zu handhaben, wie das selbster ist. Wir werden diese Gründe im einzelnen zu prüfen und unser Urteil abzugeben haben. Wenn der Reichskanzler in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit eines Konflikts und der Auflösung des Reichstages gesprochen hat, so nimmt die Regierung hoffentlich an, daß sich keine Partei durch solche Äußerungen irgendwie beeinflussen lassen wird. (Sehr richtig! bei dem Soz.) Wenn wir nach Monaten wieder zusammentreten, so haben wir alle Ursache, uns nicht nur über das Ermächtigungsgesetz und die erlassenen Verordnungen zu unterhalten, sondern auch auf das

einzuweisen, was Regierungsmittel in dieser Zeit gewesen ist, insbesondere wie der Ausnahmestatus zu Stande gekommen ist. In einzelnen werden wir zu unterrichten haben, ob es notwendig war, nicht weniger als 70 Verordnungen auf Grund des zweiten Ermächtigungsgesetzes zu erlassen. Wir Sozialdemokraten verkennen an letzter die Bedeutung der Stabilisierung unserer Währung für jeden einzelnen Lohn- und Gehaltsempfänger, zumal meine Partei schon viel früher auf eine Ermächtigung auf wertbeständige Grundbesitz gedrängt hat. Vielleicht wären wir um die Ruheherstellung herumgekommen, wenn man bereits im April 1922 unserem Staat nach dieser Richtung gefolgt wäre. Gewiß ist es gelungen, die Rentenmarkt, dieses Kind des ersten Ermächtigungsgesetzes, zu halten. Auf die Dauer wird das aber nur möglich sein, wenn für die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden eine Deckung geschaffen wird. Neben dem inneren Haushalt haben wir jedoch auch die Lasten eines Außenwärtigen zu tragen, die Kosten für die Besetzung, für Restitutionsleistungen, für Ausgleichszahlungen und Exportausgaben usw. Wir hoffen, daß die Sachverständigen zu Schlüssen kommen werden, die es dem deutschen Volke ermöglichen, auch von diesen äußeren Lasten zu tragen, was getragen werden soll. Dabei werden wir auch weiterhin im Rahmen des Möglichen erfüllen müssen, und keine Regierung, welche noch im Laufe dieses Jahres in Deutschland ans Ruder kommen wird, wird um Erfüllungspolitik herumkommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch Herr Thöniß jr. will erfüllen allerdings mit einer Rechtsregierung, die die ganze Last auf die Lohn- und Gehaltsempfänger abwälzt. Das Reparationsprogramm der Rechten heißt: mehr arbeiten, Maul halten und Lohnkneuer gähnen! Um die Dreiecksregierung von den Steuern zu befreien, prüft man das neueste Schlagwort von der Anturteilung der Wirtschaft. Die Lasten müssen aber nicht nur gerecht auf Besitzende und Nichtbesitzende verteilt werden; auf die Dauer ist es auch ein ganz unmöglicher Zustand, daß das besetzte Gebiet Reparationsprovinz wird. Das gesamte Deutschland muß gemeinsam für das leisten, was Deutschland an Lasten auferlegt wird. Das können die treudeutschen Rheinländer von Deutschland verlangen.

Was hat die Regierung getan, um einen Erlaß der Mietverträge vorzubereiten, die am 15. April ablaufen? In der Zeit schmirren allerhand Pläne. Man soll die Absicht haben, die ganzen Reparationslasten auf die Eisenbahn abzuwälzen. Das belgische Geraden deutet an, daß anstelle der Mietverträge Monopole kommen lassen, die vor allem die minderrentlosten Verbrauchern belasten würden. Zu den Besatzungskosten, die immer auf Deutschland laßen, kann ich namens meiner Partei sagen: Wenn in der letzten Zeit immer wieder von Ententegeheimnissen für Neubauten von Kasernen verlangt worden sind, so ist das nicht nur unerhört, sondern auch ganz unerträglich vom Standpunkt der Gläubiger Deutschlands aus. Trotzdem billigen wir es, daß die Regierung bisher mit Erfolg den Versuch gemacht hat, die Summen für die inneren Besatzungskosten aufzubringen; wenn das nicht geschehen wäre, hätte nämlich die finanzielle Bedrohung die Folgen zu tragen. Evidentlicherweise können wir feststellen, daß die jetzige englische Regierung sich bemüht, zwischen Frankreich, England und Deutschland eine Verständigung herbeizuführen und den Eintritt Deutschlands und auch Russlands in den Völkerbund vorzubereiten. England will Völkerbundpolitik treiben, es wird sich, wenn Deutschland und Frankreich dies unmöglich machen, aus dem europäischen Kontinent zurückziehen. Wir haben ein Interesse daran, daß wir wieder als gleichberechtigter unter den Völkern gelten.

Die erste Aufgabe der Regierung in den letzten Monaten war, den Staat zu sanieren. Der Etat für 1924 liegt noch nicht vor, nur ein Voranschlag, das die Regierung ermächtigen soll, weiter zu wirtschaften. Zugabe ist, daß seit der Stabilisierung die Ausgaben sehr stark und durch die Verordnungen vermindert wurden. Bedauerlich ist, daß zum Teil bei den künftigen und sozialen Aufgaben gespart wurde. Von den drei mit dem Abbau betrauten Staatssekretären kann man die Rücksichten auf den neuen Staat nicht erwarten, die die Republik zu verlangen hat. (Sehr wahr! links.) Es darf getrieben werden, aber nicht erlaubt werden, den Staat abzubauen in den Abbau der Republik und Demokratie zu veranlassen. Der Abbau darf indirekt nicht denen zugute kommen, die zwar das Geld der Republik nehmen, aber unter sich über die Republik streiten. Die Republik hat fürwahr nicht zu viel Demokraten in die Kammer gebracht; sie hat eher zu sehr auf Tradition und wassererborene Rechte Rücksicht genommen. Wo die reaktionären Parteien an der Macht waren, haben sie die Futterkrippe ganz besonders zu belegen verstanden als die Republik. Der Staat abzubauen ist an sich notwendig; wir haben früher genug darauf hingewiesen. Der zu große Staatsapparat stammt aber nicht aus der Republik, sondern aus dem Kriege und der Kriegswirtschaft. Da wir für ein armes Volk zu viel Beamten haben, muß der Abbau vollzogen werden. Aber für die abzubauen Beamten müssen Maßnahmen geschaffen werden, an die sie sich wenden können. Leider sind wir mit unseren Vorläufigen nicht durchgekommen. Ein guter Beamtenstand kann aber nur aufrechterhalten werden, wenn die Beamten die Überzeugung haben, daß sie gerecht behandelt und anständig bezahlt werden. Die jetzigen Gehälter sind ungenügend. Es müssen Mittel beschaffen werden, um die Gehälter zu erhöhen. Keine Partei will zu diesem Zweck die Einkommen über 8000 Mark heranziehen. Ein besonderes Kapitel des Abbaues ist der Abbau der Justiz. Aus Erfahrungssachen hat sich eine Malakungsbewehrung entwickelt, wie wir sie selbst in den Zeiten der Sondergesetzgebung nicht gehabt haben. Wir bedauern die Richter, die mit gutem Gewissen dieser Schmach zu dienen haben. Bei der Bewilligung des zweiten Ermächtigungsgesetzes hat der Reichstag nicht daran gedacht, das damit die ganze Strafprozessordnung und Zivilprozessordnung umgearbeitet werden sollten. Hier hat das Parlament die Pflicht, in Einzelberatung nach dem Recht und nach dem Recht zu leben. Die Landesvertragsprozesse, mit denen „Frankfurter Zeitung“ und „Vorwärts“ bedacht werden, weil sie Mitteilungen über Bewaffnungswaffen Organisationen gebracht haben, sehen nicht nach Staatsräuberei aus. Zu gleicher Zeit werden rechtschöne Zeitungen wegen solcher Mitteilungen nicht bedacht. Das ist der Tod der Gerechtigkeit. In der Republik darf die Justiz nicht schieflich zugunsten bewaffneter sozialer Organisationen mißbraucht werden.

Am 15. März hat die Sozialdemokratie in der letzten Session, die auf das Niveau der Ernennungslage herabgedrückt worden ist, und das in einer Nachkriegszeit, die geradezu nach sozialer Reform klopft; das in einer Zeit, in der demokratische und soziale Arbeitervertreter feststellen müssen, daß von den Unternehmern ein rückwärtsgerichtetes Verhalten gefordert wird. So werden die Arbeiter nach dem Kriege behandelt, in dem man das Verhalten von ihnen verlangt, ein Jahr nach dem pallenden Verhalten im Kriege. Den Leuten, die gleichzeitig von Volksgemeinschaft leben, ist es nur darum zu tun, alle Leuten auf die Arbeiter zu schmeißen, die höchstens 6% der Arbeitslosen erreichen. Von einer Hebung der deutschen Wirtschaftslage kann nicht die Rede sein, wenn es nicht gelingt, im Innern die Kaufkraft der Massen zu heben.

Wie denkt übrigens die Regierung über die Konferenz zur Beratung der

Arbeitszeitfrage?

Wird sie nicht vorher endlich die Washingtoner Beschlüsse über die Arbeitszeit ratifizieren?

oder will sie ein Referendum abwarten?

In einer Zeit, in der der Arbeiter wehrlos ist, weil eine vom Hunger geplagten industriellen Arbeiterarmee vor den Löwen aller Parteien liegt, kann man vielen Arbeitern Leuten aufschwimmen; kommen jedoch wieder bessere Verhältnisse, dann werden diese sich melden, denen jetzt rechtlos die sozialen Ertragsleistungen abgezogen werden. Der Abbau der staatlichen Fiskus ist umso schlimmer, weil die Sachverständigen sich die Wirtschaftsunternehmern unerschließen, sondern ihr Geld zur Unterhaltung sozialer Verbände und zur Destruktion hergeben. Die Folge

dieser „Sozialreform“ ist, daß die Kriegsbeschädigten und Sozialrentner betteln gehen, wenn sie hungriig sind. Bei den heutigen Erwerbsverhältnissen ist die Arbeitszeit unumgänglich. Die Aufwertung muß zugunsten der Allgemeinheit geschehen. Wenn den Sparfüßlergläubigen geholfen wird, warum sollen dann die Spartfüßlergläubigen und diejenigen, die ihr Geld dem Reiche in Anleihen zur Verfügung gestellt haben, leer ausgehen?

Die Schätzungen des Finanzjahres zum ersten Quartal 1924 enthalten 550 Millionen Reichsmark Restposten und 700 Millionen Reichsmark auf Arbeitseinkommen und Verbrauch. Darüber werden wir uns im Haushaltsausfluß noch zu unterhalten haben.

Ein Ausnahmestatus, der über 6 Monate aufrecht erhalten wird, widerspricht dem Geist der Verfassung. In Gesamtdeutschland war in den letzten 6 Monaten Ruhe und Ordnung nirgends ununterbrochen gestört. Der Ausnahmestatus, ursprünglich gegen Bayern erlassen, ist niemals gegen Bayern angewandt worden. Hätte die bayerische Regierung die notwendige Zivilcourage, dann wäre sie mit den rechtsradikalen Banden längst fertig geworden; aber die völkischen Organisationen sind sozusagen ihre eigenen, illegitimen Kinder. So würde es kommen, daß selbst der Führer der Bayerischen Volkspartei im Landtag sagte, ein anständiger Mensch sei in Bayern dieser „Ordnungszelle“, nicht mehr sicher. In Bayern geschah erst etwas, nachdem der Judaslohn nach dem 9. November seine Spiegelform verlor, dieser Rahr, der von den „Nationalsozialisten“ solange als Usurpatoren gefeiert worden ist. Endlich ist der Meuterer v. Lossow gegangen worden. Der Kampf der Reichsregierung gegen die bayerische Regierung um als Reichsrecht ist kein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte. Ueber die Einigung mit der bayerischen Regierung, vor allem über die Regelung der Wehrfrage möchten wir näheres erfahren. Was wir in der letzten Zeit in Sachsen und Thüringen erlebt haben, war nichts als die Fiktion eines neuen Militarismus. Demgegenüber muß sich die Zivilregierung im Reich wieder zur Geltung bringen. In den letzten 6 Monaten war die Militärverwaltung der Polizei übergeordnet. Diesen Zustand hatte Deutschland als einzelnes Land Europas. General Haase war in Thüringen lediglich Vorkämpfer der Wünsche der bürgerlichen Parteien. Die Reichswehr darf aber nicht mit Polizeiblenkenden besetzt werden, sonst muß sie abgeschafft werden. Dem Ausnahmestatus müssen endlich gewisse Grenzen gesetzt werden durch ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48. Der militärische Ausnahmestatus ist nur noch aufrecht erhalten worden für die Thüringer Wahlen; am 1. März soll er endlich fallen. Wir sind überzeugt, daß es eine Ersatzmaßnahme auf zivilen Wege eingeführt wird. Dem bisherigen Ausnahmestatus haben nur diejenigen profitiert, gegen die er sich angeblich richtete. Infolge der Generalarbeit haben sich Kommunisten und Völkische geradezu farnidhaft vermehrt. Allerdings sind die Kommunisten vielfach die Pufferkammer davor gewesen, die für die Aufrechterhaltung des Ausnahmestatus eingetreten sind. Je mehr Anhänger die Kommunisten jedoch bekommen, desto zahlreicher werden die Stimmzettelergebnisse bei ihnen. Wer zahlt eigentlich die Kosten für den Ausnahmestatus? Hier könnte gespart werden und das Geld verwendet werden zu einer besseren Besetzung der Schutzpolizei.

Wegen der Vorbereitungen, die von allen Parteien für die Wahlen getroffen sind, muß die Wahlreform für den neuen Reichstag verbleiben. Ueber eine Verlängerung der Legislaturperiode ist bei uns nicht diskutiert worden; wir sind durchaus damit einverstanden, daß die Wahlen schon vor dem Juni stattfinden. Aber vorher haben wir das Recht, daß die Verordnungen der Regierung nachgeprüft werden. Wir sind nicht in der Lage, auf die Rechte zu verzichten, die der Reichstag hat. Wir haben unsere Wünsche in Initiativentwürfen eingebracht. Wir verlangen eine ordnungsmäßige Beratung dieser Entwürfe. Der Reichstag hat jetzt nach 2 Monaten das Recht und die Pflicht, die Arbeiterregierung zu kontrollieren. Das Gegenteil wäre die Abdankung des Parlamentes. Wir wollen den Geist schärfen, der die Beratung von Weimar geboren hat. Wir werden das im Interesse des deutschen Volkes tun, das uns dazu ausdrücklich das Mandat gegeben hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Mit sozialpolitischen Mitteln war den furchtbaren Zuständen, wie sie sich entwickelt hatten, nicht mehr beizukommen; der Hebel wirkte bei der Wirtschaft angelegt werden. Was und Wege der Sozialpolitik werden bestimmt durch wirtschaftliche, politische und aufmerksame Vorgänge. Wenn wir die Wirtschaft sanieren und für Reparationen arbeiten müssen, ist der Reichstag in vielen Dingen ungenügend. Das Reichsarbeitsministerium will den Reichstag nicht zur Regel machen. Die Haftung der Sozialdemokratie in der Arbeitszeitfrage war, als sie in der Regierung war, eine andere, als heute. Die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen ist unerlässlich. Gegen die Schwächung der Durchführung gesetzlicher Schlichtungsmaßnahmen wird die Regierung alle Mittel anzuwenden, und mit Ordnungsstrafen gegen nichterfüllene Arbeitsverpflichtungen vorgehen.

Am 16 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Hitler und Lubendorf vor dem Richter.

SPD. München, 26. Februar. (Eig. Drahtber.)

Schon eine Stunde vor Beginn des Prozesses, der auf 8 1/2 Uhr festgesetzt war, war der Zugang zum Gerichtsgebäude äußerst belebt. Schärfe abgesetzt ist lediglich die Zugangstrasse zum Hauptportal des Gebäudes. Von der Breiten Straße aus führt ein zwei Meter breiter Eingang von Stacheldraht und spanischen Reifern, um die sich ein Dutzend Bewachungsmannschaften der Reichswehr postieren. Nur wenige Neugierige werden durch Schutzwälle von der Abtrotzung ferngehalten. Im Gebäude selbst bis zum Sitzungssaal ist noch einmal eine vierfache Kontrolle.

Um 8 1/2 Uhr treten die Verteidiger in den Sitzungssaal, gleich darauf der erste Staatsanwalt, Stehlein, in Begleitung seines Gehilfen, des zweiten Staatsanwalts Eggert, der den Ruf eines besonders qualifizierten Arbeiters hat. Von ihm stammt auch die Anklageschrift. Wenige Minuten später tritt Lubendorf langsam dem Saal, mit erster Pläne, im Schwarzen Rock, ohne jede Anzeiher. Hinter ihm Böhmner und alle darauf die übrigen Angeklagten. Hitler mußert besonders interessiert das Publikum, bis sich sämtliche Angeklagten mit ihren Verteidigern an die für sie bestimmten Einzelstühle begeben. Die Zeugen sind für einen späteren Zeitpunkt geladen. Ihre Plätze sind von Vertretern der Behörden und von Angehörigen der Anklageschrift besetzt. Von den Behörden sind u. a. anwesend zwei Vertreter des bayerischen Justizministeriums und je ein Vertreter des bayerischen Ministeriums des Innern und des Meuzers des Reichswehrministeriums und des Auswärtigen Amtes. Kurz nach 9 Uhr betritt der Gerichtshof das Podium, an der Spitze der Landgerichtsdirektor Reichhart, ihm zur Seite der Beisitzer, Oberlandesgerichtsrat Lehenbecker. Die Verhandlung beginnt sofort mit der Feststellung der Personalien der Angeklagten. Dann nimmt der erste Staatsanwalt das Wort zur Begründung seiner Anklage:

„Die Beschuldigten haben, geküßt auf die bewaffnete Machtmittel des Kampfbundes und die bewaffnete Macht der Infanterie, unternommen, die bayerische Regierung und die Reichsregierung gewalttätig zu besetzen, die Reichsverfassung und die des Freistaates gewalttätig zu ändern und verfassungswidrige Regierungsgewalt anzuwenden. Das Verhalten der Beschuldigten begründet für jeden von ihnen mit Ausnahme des Angeklagten Berner, der eines Verbrechens der Beihilfe zum Verbrechen des Hochverrats beschuldigt wird, ein Verbrechen des Hochverrats nach § 81 Absatz 2 und § 47 des Reichsstrafgesetzbuches.“

Die nun folgende Begründung der Anklageschrift, die 40 Seiten umfaßt, wurde von Staatsanwalt Eggert vorlesen.

Nach der Verlesung der Anklageschrift, die ohne Zwischenfall erfolgte und fast eine Stunde in Anspruch nahm, kam die erste Ueberrückung. Der Staatsanwalt stellte den Antrag, für die Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit generell auszuschließen, weil die öffentliche Verhandlung eine Gefährdung der Staatsicherheit und öffentlichen Ordnung befürchten lasse. Dieser Antrag rief den lebhaftesten Widerspruch der Verteidiger hervor. Vier von ihnen gaben ihre Empörung Ausdruck, daß jetzt nach all den Versprechungen der Staatsregierungen und anderer maßgebender Persönlichkeiten, das Volk durch den Prozeß rechtlos aufzuklären, nunmehr so geheimnisvoll verfahren werden soll.

Das Gericht beschließt, öffentlich zu verhandeln und nur von Fall zu Fall zu entscheiden, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Nunmehr beginnt das Verhör der Angeklagten, zunächst Hitlers, dessen Personalien eingehend besprochen werden. Der Angeklagte ist in Braunau geboren und nach Linz zugezogen. Er hat die bayerische Staatsangehörigkeit nicht erworben. Bei seiner Vernehmung legt Hitler großen Wert auf eine genaue Schilderung seiner Kriegsdienste. Bei Beschreibung seiner Lazarettbehandlung schimpft er auf die Revolution, die den ganzen Betrieb seines Lazarett habe verblutern lassen. Am 1. April 1920 wurde Hitler aus dem Militärdienst entlassen. Bereits im Juli 1920 trat er als Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bei, die ihren Ausgang von Oesterreich genommen hat.

Kurz nach 12 Uhr wurde die Verhandlung auf Nachmittags vertagt.

Die Finanzlage des Reiches.

Noch immer Zuschußbedarf.

Die heute veröffentlichte Uebersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse in der zweiten Februardekade ergibt, wie Tu. mitteilt, Ablieferungen in Höhe von 120,1 und Auszahlungen von 177,1, also einen Zuschußbedarf von 57 Millionen Rentenmark. Der Gesamtzuschußbedarf des Reichs seit dem 16. November 1923 erhöht sich damit auf 719,8 Millionen Rentenmark. Bisher ist das für den Februar erwartete Steuereinkommen noch nicht erreicht, was darauf zurückzuführen ist, daß wichtige Steuerzahlungstermine (Vermögenssteuer, Obligationssteuer) verschoben werden mußten. Das Ausfließen aus diesen Steuern wird zum größten Teil erst Anfang März in die Zentralkasse fließen. Der bisherige Zuschußbedarf für Februar ist vorläufig dem Betriebsmittelfonds entnommen worden.

Parteitag: 13. April?

Die bayerischen Genossen haben beim Parteivorstand gegen die Abhaltung des Parteitages am 30. März Einspruch erhoben, weil dieser Tag der letzte Sonntag vor den bayerischen Wahlen ist. Der Parteivorstand und die Kontrollkommission haben daher, vorbehaltlich der Zustimmung des Parteiausschusses, beschlossen, den Parteitag am Sonntag, dem 13. April, im Landtagsgebäude beginnen zu lassen. Die Abstimmung der Parteiausschusses erfolgt brieflich.

Sollte freilich der Reichstag in den nächsten Tagen der Auflösung verfallen, so wären neue Dispositionen auch bezüglich des Parteitages notwendig.

Ermäßigung der Ausfuhrabgabe nach England.

Eine große Anleihe für Deutschland.

SPD. London, 25. Februar. (Eig. Drahtber.)

Der englische Ministerpräsident machte dem Unterhaus am Montag Mitteilung von dem englisch-deutschen Uebereinkommen wegen Ermäßigung der Ausfuhrabgabe. U. a. erklärte er, daß die Interessen des britischen Geschäftslebens die Arbeiterregierung zu diesem Abkommen mit Deutschland gezwungen haben. Dadurch würde das Vertrauen in den Handel der beiden Staaten gehoben. England plane, Deutschland die Erlangung einer großen Anleihe zu ermöglichen, von der ein beträchtlicher Teil von amerikanischen Banken übernommen werden würde. Die Meinung, daß Großbritannien zustimme, daß die Schulden Frankreichs und Italiens annulliert würden, müsse als lächerlich abgetan werden. Die weiteren Fortschritte in der Reparationsfrage hingen von den Publikationen der Berichte der internationalen Sachverständigen ab.

Das neue Abkommen zwischen der englischen und der deutschen Regierung, das bereits am Dienstag, dem 26. Februar, in Kraft tritt, eine Ermäßigung der Ausfuhrabgabe auf 5 Prozent feststellt und weitere Erleichterungen für kleinere Warensendungen von Deutschland nach England verspricht, führt die bekannte wirtschaftsfeindliche Verpflichtung Deutschlands, 26 Prozent seines Export für die Reparationen zur Verfügung zu stellen, auf ein wirtschaftlich erträglicheres Maß zurück. In der Zeit der Inflation, als wir mit unseren Dumpingpreisen weit unter Weltmarktpreisen lagen und die deutsche Regierung auf der Notwendigkeit die deutschen Exporteure leicht entschädigen konnte, war die Ausfuhrabgabe immerhin noch zu ertragen. Seit der Reaktion in unserer Wirtschaft wurde sie aber ein Übel, das zu guterletzt alle am internationalen Handel beteiligten Länder unermäßig belastete. Als die Regierung dann, eben weil sie kein Geld hatte, die Exporteure nicht mehr wie bisher entschädigen konnte, mußten die ausländischen Bezieger die Ausfuhrabgabe tragen, wenn der notwendige Güteraustausch nicht zum Stoden kommen sollte. England hatte also das größte Interesse an einer Regelung dieser Frage. Das geht auch aus dem ganzen Abkommen hervor. Die Ermäßigung der Ausfuhrabgabe auf 5 Proz. ist in der Urvorgesehen, daß der englische Empfänger 5 Proz. der Rechnung bei der Einfuhr der Ware in England an die britische Zollbehörde abführt. 95 Prozent der Rechnung zahlt er dem deutschen Exporteur, dem er gleichzeitig den auf 5 Prozent der Rechnung lautenden Guthaben übersendet. Diese 5 Prozent gehen zu Lasten der deutschen Regierung. Der Vertrag sieht vor, daß die deutsche Regierung, die auch die Verpflichtung übernimmt, den deutschen Exporteuren die Beträge in Dollarschuldenanweisungen zu ersetzen, die in der Zeit vom 17. November bis zum 26. Februar für die in England gelandete deutsche Ware erhoben worden sind, den 5prozentigen Abzug erlegt, damit der englische Empfänger nicht belastet werden kann. Die Guthabe müssen später, wenn Deutschland finanziell dazu in der Lage ist, eingelöst werden. Die Einzelheiten werden noch festgelegt.

Das Abkommen stellt ohne Zweifel eine große Entlastung für unseren Export und unsere Wirtschaft dar. Die guten Auswirkungen werden sich bald einstellen, sobald heute schon vorausgesehen ist, daß die ändern in Frage kommenden Länder dem Beispiel Englands in ganz kurzer Zeit folgen werden und müssen. Daß aber gerade die englische Arbeiterregierung Schritt machen wirtschaftlicher Vernunft geworden ist, ist besonders erfreulich.

Pflichtarbeit oder Sklaverei Der Arbeitslosen?

Den Bürgern und Bürgerinnen des Deutschen Reiches wird im Artikel 163 der Reichsverfassung folgendes tröstliche Versprechen gegeben: „Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“ Der Staat, also die Gesamtheit der Staatsbürger, verpflichtet sich in dieser Bestimmung zur Hilfe, die für den einzelnen deutschen Bürger kein Almosen bedeutet, sondern ausdrücklich als sein „Recht“ gekennzeichnet wird. Dieses Fürsorgeprinzip wurde ursprünglich auch durchgeführt. Erst später entstand im Reichsarbeitsministerium ein vorläufiger Gesetzentwurf, der das Versicherungsprinzip vorsah und nach dem die Aufbringung der Mittel durch Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber erfolgen sollte.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ist dieses Versicherungsprinzip jetzt durch die Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 15. Oktober 1923 eingeführt worden. Die im Falle einer Krankheit pflichtversicherten Arbeitnehmer müssen nunmehr ebenso wie die Unternehmer bis 20 v. H. des Krankentagesbeitrages wöchentlich je zur Hälfte bezahlen. Da der Krankentagesbeitrag etwa 8 v. H. des Lohnes ausmacht, betrug die Summe für die Erwerbslosenfürsorge bisher 0,8 v. H. Durch eine weitere Verordnung vom 16. Februar 1924 wird derselbe aber bis auf 1,5 v. H. erhöht. Diese Regelung stellt eine schwere Belastung der Arbeitnehmer dar.

Nachdem die Arbeitnehmer aus ihrem verdienten Lohn die Mittel aufzubringen beginnen, müßte man eigentlich annehmen, daß sie nun auch ein uneingeschränktes Recht auf Unterstützung hätten. Das ist nicht der Fall. Denn trotz der Opfer wurde jetzt viel positiver als früher die Arbeitspflicht der Erwerbslosen eingeführt. Nach der Verordnung vom 15. Oktober 1923 ist, „soweit die Gelegenheit dazu besteht, die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen. Die Arbeiten dürfen nur gemeinnützigen Charakter tragen.“ Durch die bereits erwähnte Verordnung vom 16. Februar 1924 ist diese Fassung nunmehr wie folgt geändert: (§ 1a) — „soweit die Gelegenheit dazu besteht, ist die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen. Die Arbeiten dürfen nur gemeinnützigen Charakter tragen. Als Arbeitsleistung kann auch eine Tätigkeit bei öffentlichen Notstandsarbeiten verlangt werden. Der Verwaltungsausschuß kann über die Dauer der Arbeitsleistung Bestimmungen treffen und hat dafür zu sorgen, daß den Erwerbslosen nur solche Arbeiten zugewiesen werden, die gemeinnützigen Charakter tragen und nach ihrem körperlichen Zustande zugemutet werden können.“

Die Erwerbslosenunterstützung beträgt im Durchschnitt für Personen über 21 Jahre werktätig 70 Pfg. für die Ehefrau 19 Pfg. und jedes Kind 14 Pfg. Das ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Aber dafür soll den Erwerbslosen ohne weitere Vergütung Pflichtarbeit bis zu 24 Stunden Dauer wöchentlich zugemutet werden. Für weitere Arbeit bis zu 48 Wochenstunden sind Zuschläge vorgesehen, wozu noch weitere Zuschläge für besondere Leistungen und für Sacharbeit kommen, eine Regelung, deren Ergebnis sich nach der „Gewerkschaftszeitung“ vom 9. Februar 1924 für Ortsklasse A Zone II wie folgt darstellt:

Ein Lediger über 21 Jahre erhält Unterstützung wöchentlich	4,20 M.
Dazu günstigstenfalls für Arbeit über 16 Stunden	5,04 „
4 mal 80 v. H. = 120 v. H.	9,24 „
Wird die Leistungsprämie gezahlt, so erhält er dazu 6 mal 5 v. H. = 30 v. H.	1,26 „
Arbeitet er als Sacharbeiter in seinem Fach, so erhält er dazu 6 mal 10 v. H. = 60 v. H.	2,52 „
Zusammen bestenfalls	13,02 M.

Für Verheiratete kommt die Familienzulage hinzu. Also wöchentlich für die Frau 1,14 M., für jedes Kind 0,84 M. Diese Zustände sind einfach unmöglich. Es handelt sich hier nicht mehr um Pflichtarbeit, sondern um Sklavenarbeit. Man muß sich in die Stimmung der Arbeitslosen versetzen. Würde die geringe Arbeitslosenunterstützung ohne Arbeitspflicht gezahlt, dann wäre die Lage auch schrecklich. Aber jeder hätte das beruhigende Gefühl, daß wenigstens etwas für ihn gesorgt wird. Mit der

Pflichtarbeit ist aber die Verzweiflung und die Verbitterung untrennbar verbunden. Das muß sich einmal für die Allgemeinheit schwer rächen. Außerdem ist damit ein Kulturrückschritt schimmern Art verbunden, denn hier geht es einfach um die Menschenwürde.

Bzüglich der Arbeitspflicht beantragte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion deshalb mit gutem Recht, „daß die sich jetzt ergebenden Mißstände bei der Durchführung der Arbeitspflicht beseitigt werden, daß nur angemessene Arbeit und nur in den Grenzen verlangt wird, die den Verhältnissen der Arbeitslosen entsprechen.“ Außerdem sollen die tarifmäßigen Löhne gezahlt werden.“ Für diese Forderung sollte sich die öffentliche Meinung aus Gründen der Gerechtigkeit mit aller Kraft einsetzen. Schon laufen viele Tausende völlig verbitterter Volksgenossen in Deutschland herum, die bereits Schaben an Leib und Seele genommen haben und die bereit sind, sich selbst den Teufel in die Arme zu werfen, um aus dieser unwürdigen Situation herauszukommen, soweit sie nicht schon vollkommen teilnahmslos geworden sind für die Allgemeinheit dadurch ebenfalls verloren sind.

Man sagt nun, die Schwierigkeit liegt darin, daß bei der Zahlung von Tariflöhnen von den Arbeitslosen keine Arbeiten ausgeführt werden könnten, weil die meisten für die in Betracht kommenden Arbeiten nicht geeignet seien und dadurch die Ausführung viel zu teuer würde. Wenn man aber Tariflöhne zahlt, dann kann man auch eine normale Leistung verlangen und wer dieselbe nicht aufbringen kann oder will, der muß sich eben mit den unzulänglichen Unterstützungssätzen allein begnügen bis er wieder in den normalen Produktionsprozess einrücken kann. Die Unternehmer waren es doch gerade, welche immer den Grundlag verletzten haben, daß jeder überflüssige Arbeiter besser gar nicht arbeitslos, als daß zu viel Arbeiter oder ungeeignete Kräfte sich gegenseitig hindern. Deshalb wollten die Unternehmer die Befreiung der Wirtschaft von unproduktiven Kräften und dann, so sagten sie, würden sie gerne für die Versorgung der Arbeitslosen mit eintreten. Jetzt, wo die unproduktiven Kräfte ausgemerzt sind, erinnern sich die Unternehmer nicht mehr an ihre ehemalige Auffassung, sondern man wäre am liebsten bereit, die Arbeitslosen für die Unterstützung auch in privaten Betrieben arbeiten zu lassen. Notstandsarbeiten sind stets nur ein Notbehelf und gerade deshalb läßt sich die Zahlung von Tariflöhnen für dieselben auch unter allen Umständen nicht rechtfertigen.

Die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach Beseitigung der jetzigen unhaltbaren Zustände sollte unter diesen Umständen zu einer Forderung jedes anständigen Menschen überhaupt werden. Auch die Arbeitslosen müssen freie Menschen sein, auch sie darf man nicht unter ein Sklavenjoch beugen wollen.

Reaktion in Litauen.

Massenverhaftungen.

Aus Kowno wird uns geschrieben:

Im litauischen Sejm hatte die Sozialdemokratie eine Interpellation eingebracht, die sich mit den in der Verfassung festgelegten Grundrechten befaßt. In ihr wird gesagt, daß das jetzige

Devisenkurse.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	in Millionen	in Mark	in Millionen	in Mark
	26. Februar	25. Februar	26. Februar	25. Februar
Amsterdam 1 fl.	1 571 083	1,57	1 571 083	1,57
Buenos Aires 1 Peso	1 441 888	1,44	1 446 375	1,44
Brüssel (Antwerp) 1 Fr.	159 800	0,15	161 595	0,16
Kristiania 1 Kr.	552 615	0,55	552 615	0,55
Kopenhagen 1 Kr.	666 880	0,66	666 880	0,66
Stockholm 1 Kr.	1 097 250	1,09	1 097 250	1,09
Helsingfors 1 Finn. Mk.	105 735	0,10	105 735	0,10
Rom 1 Lire	183 540	0,18	183 540	0,18
London 1 £	18 104 225	18,10	18 104 625	18,10
Neuyork 1 Dollar	4 189 500	4,18	4 189 500	4,18
Paris 1 Frs.	183 540	0,18	185 535	0,18
Zürich 1 Frs.	728 175	0,72	728 175	0,72
Madrid 1 Peseta	532 665	0,53	532 665	0,53
Portugal 1 Escudo	144 637	0,14	144 637	0,14
Japan 1 Yen	1 895 230	1,89	1 895 230	1,89
Rio de Janeiro 1 Milreis	498 750	0,49	498 750	0,49
Wien 100 Kr.	62 842	0,06	62 842	0,06
Prag 1 Kr.	122 198	0,12	122 198	0,12
Jugoslawien 1 Dinar	56 857	0,05	54 862	0,05
Budapest 1000 Kr.	99 750	0,99	104 787	1,04
Bulgarien 1 Lewa	32 917	0,32	32 917	0,32

Kabinett Galvanastaus in der Regierungserklärung versprochen habe, besonders Augenmerk auf die Gerechtigkeit zu legen. Leider sei davon nicht viel zu spüren. Im Gegenteil läme es im Land zu Ueberretungen der bürgerlichen Grundrechte. Die Politik der Regierung erschwere besonders die politische und wirtschaftlich Tätigkeit der Arbeiterklasse. So seien politische Gefangene drückt, mißhandelt und unbegründete Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen worden. Diese Interpellation wurde durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien wirkungslos gemacht.

Das Organ der litauischen Sozialdemokratie, „Socialdemokrat“, schreibt hierzu u. a.:

Unsere dem Ministerkabinet eingereichte Interpellation über die Ueberretungen der bürgerlichen Freiheit hat eine große Bedeutung. Sie betrifft die Rechtsfrage des Landes und die grundlegenden Rechtsbegriffe, welche die konstitutionellen Gesetze in jeder demokratischen Republik beschützen, die Unantastbarkeit der Person und des Besitzums, die Pressefreiheit usw. Die Ereignisse der letzten Zeit; zum Beispiel Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, mißliche zu begründende Pressenzen, dieses alles gibt ein umfangreiches Material, das die Interpellation im Sejm notwendig machte, um die Öffentlichkeit auf diese Dinge aufmerksam zu machen. Es ist uns nicht gleich, ob wir in einem gerechten Land leben, wo nichts ohne Gesetz oder außer dem Gesetz geschehen kann oder ob die Autokratie die Freiheit der Staatsbürger bekränkt.

In der letzten Zeit sind unerhört viele Hausdurchsuchungen und Verhaftungen politischer Personen in allen Teilen Litauens vorgenommen worden. Schon der Verdacht oder Anzeig genügt zu Verhaftung. Unter den Verhafteten befinden sich Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Unter der Benutzung des Ausnahmestandes wird vielen Vereinigungen das Versammlungsrecht unterbunden. Außerdem läßt die Zensur dieses nicht durch z. B. Aufsätze über die mangelhafte Durchführung der Agrarreform. Außerdem werden die Redakteure auf administrativen Wege bestraft. Wir fragen wie lange will die Regierung den Ausnahmezustand aufrechterhalten und nach welchen Gesetzen steht die Pressezensur und ob diese nicht der Verfassung und den Pressegesetz widerspricht?

Im Parlament wird viel geredet, zum Schluß kommt man zu keinem Resultat. Auf diese Art drücken sich die anderen Parteien vor der Auseinandersetzung mit dem Kabinet. Die Beprechung dieser Interpellation wurde unbeeidet abgebrochen. Wenn die Aussprache sich mit den Grundrechten der Staatsbürger befaßt muß die Fraktion der Sozialdemokraten verlangen, daß die Parteien sich für oder wider die Reaktion erklären. Die Antwort er wartet Litauens Volk und wird sie zu benutzen wissen!

Revolution in Bulgarien?

Paris, 25. Februar.

Nach bisher unbefängelten Meldungen aus Athen und Saloniki, ist in Bulgarien eine Revolution ausgebrochen und die Republik ausgerufen. Eine gewisse Anzahl von Ministern darunter der Ministerpräsident Jarkoff, ist ermordet, der König Boris verbannt. Es heißt, daß die im vorigen Sommer nieder gemorbenen Kommunisten sich in den nördlichen Provinzen mit den dortigen Truppen verbrüder haben.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber für Freistaat Lübeck und Jusulten Hermann Bauer für Feinsteat Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bei spröder Haut

rauhem, roten, aufgesprungenen Händen verblüht KOMBELLA-CREME durch die schnell wohlthuende, heilende, verjüngende Wirkung (2639) Es gibt nichts Wirksameres als

KOMBELLA

KOMBELLA-CREME KOMBELLA-SEIFE

Die letzte Grüntwetterbach.

Roman von Oswald Bergener.

4. Fortsetzung.

„Du bist ja der reine Schulmeister! Jetzt ist aber Schluß. Ich folge der Stimme meines Herzens, ich fahre nach Wildbad. Damit basta.“

„Wenn die Stimme aus einem unberechenbaren Herzen kommt —“

„Du! Hör' jetzt auf!“

„So flücht sie dich ganz gewiß in irgendeine Lirne. Der selb plötzliche Einfall, bei denen das warme Herz sich nicht Zeit nimmt, den kühlen Verstand um Rat zu fragen —“

„Der kühle Verstand bist du wohl?“

„Führen oft genug ins Herzleid.“

„Oh! Wie du klug bist, weit über das Maß eines Schlichteren hinaus!“ laute sie erregt. Doch die kleine Blässe, die ihr frisches, heiliches Antlitz befall, verriet, daß es ihr plötzlich selbst hange ward, um das, was sie vorhatte. Sie blickte grübelnd vor sich hin.

„Geh' nicht, Wiltrud!“ bat er weich.

Da warf sie den Kopf.

„Ich lasse mich nicht einschüchtern. Ich tu's um meiner Mutter willen!“

Hier flog wieder ein verstocktes, verschmicktes Lächeln über sein Gesicht.

„Hast du denn auch Kessgeld?“ fragte er mit jaghaftem Bedenken.

„Ja!“ machte sie kurz, „du hast wohl Angst, daß ich dich anpump?“

„O nein! Wenn es sein müßte, gäbe ich dir alles, was ich habe.“

„Stehst du, was ich wieder lieb von dir. Ich danke dir. Aber ich brauch's nicht. Für die kleine Keil hab' ich wasgenügend. Aber jetzt ist's genug gered't. Die Zeit ist kostbar. Wir machen, daß wir jetzt hinunterkommen, genau so, wie's unser Plan war. In Hintergarten auf dem Bahnhof hilfst du mir am Fahrplan. Ich nehme im Galkhof ein Nachtquartier, weißt du, wo wir auch schon einmal gespielt haben, und morgen früh reiste ich. Und wenn du heut abend zu meinen Eltern kommst, überbringst du meine Botschaft —“

„Ich wette, wenn du erst allein bist, bekommst du Heimweh“, wandte er von neuem ein, „und müdest mit dem nächsten Zuge zu Vater und Mutter, wenn nur noch einer fährt.“

Sie schüttelte energisch den Kopf. Doch blühte sie dann merklich ernt und traurig vor sich hin.

„Und wenn der Fremde nun wirklich der war, den du beschuldigt wilst“, warf er erneut mit schickterem Zweifel ein, „wer weiß, ob er überhaupt in Wildbad ist, wenn du dort herbeiziehst kommt?“

„Das wird sich finden. Bin ich nur erst in dem Hause, in dem meiner Mutter Glück und Leid aufgewachsen ist, so wird mir der liebe Gott weiter helfen.“

„Wenn du den lieben Gott anrufst, so bin ich geschlagen.“

Sie sprang plötzlich zornig auf. Die Tränen quollen ihr in die Augen.

„Ich will frei und fröhlich in das Neue fliegen“, sagte sie heftig, „warum zerrst du mich so neumannlich wieder herunter?“

Er erhob sich leuzend.

„Sei nicht böse“, sagte er resigniert, „ich meinte es nur gut.“

4. Kapitel.

Die fremde Pilgerin.

Aus dem Abteil dritter Klasse schaute Wiltrud mit gespannter Aufmerksamkeit in den glänzenden großen Augen in das prächtige Gesicht hinein. Die Berge schlossen sich immer enger in ihrem saften Laub- und Nadelgrün. Die Enz rauchte zu Füßen des Bahndammes in großen ungestümen Bindungen tief durch das leuchtende Wiefenmal, die grauen Bretterwände der Hauptadel stänzten, blauer Himmel und Sonnenglanz standen über den Waldspitzen.

War es nicht eine Lust, mit dem rollenden, stampfenden Zuge in die Gebirgsstiefen wie in ein spannungsvolles Märchen hineinzufahren? Und doch schlich jetzt, wo sie dem Ziele näher kam, ein heftiges Heimweh durch das junge Herz. Wie sie heute morgen die Kette bezann — wie froh und wie bang stürzte ihre Seele hinaus. Der Titisee wiegte auf seiner düsterblauen Fluß taufend Sonnenblitze und warf sie wie Kuchhände ins Fenster des fahrenden Zuges. Aus dunkler Waldenge schob die schraubende Berglokomotive über den hochgehobenen Viadukt des Gutachtales in die jenseitige Waldwand, und rasch verschwand das Neulichen der heimatischen Gegend in der Tiefe. Drüben auf hohen grünen Wiesen tauchte durch eine Waldlücke vorübergehend das malerische Bild des Bergstädtchens mit der ragenden Kirche und dem Kuppelbau über dunklen, äppigen Kuchhänden auf: das Herz flog hinauf zur Mutter, die dort gewiß in Bestürzung, Bangigkeit und stillforzendem Lächeln über den tollkühnen Einfall ihres Kindes grübelte — sie hätte kaum Zeit, nach dem Taschentuch zu greifen, um zu winteln, da war es schon wieder verschunden.

Jetzt hing ihre Seele wieder sehnsüchtig an diesem starrig nachdenklichen Bilde. Aber sollte der Schlichter mit seiner Heimwehswahnung recht behalten? Mit heldlichem Entschluß riß sie die Gedanken von der Erinnerung los und richtete

sie eigeninnig wieder ganz auf das, was vor ihr lag. Der zunehmerte sich Wildbad. Es gab keine Zeit mehr, schwach zu sein. Er trug sie unweigerlich ans Ziel. Sie machte sich über ihr eigenes unruhiges Jagen lustig mit dem Vorschlage an sich selbst, ob sie nicht doch lieber noch die Notbremse ziehen sollte?

Wald mußte die Einfahrt in den Bahnhof erfolgen. Sie blühte sich nach ihrem Stolz und ihrem Ruckel um. Da fiel ihr ein neuer Schrecken aufs Herz. Wie hatte sie nur töricht und blindlings im geschürzten Lodenrod, mit Knüppel und Sack in dieses Abenteuer hineintreten können! Was würde sie mit ihre proletarierhaften Erscheinung in dem Hause des Freiherrn vor Grüntwetterbach für einen Eindruck machen! Würde sie alle ihre guten Absichten und Vorsätze nicht von vornherein zerfchlagen durch ihren vollkommen ungeeigneten Auftritt?

Sie biß die Zähne aufeinander. Was sie tat und wollte erschien ihr plötzlich so ungerecht und widersinnig durch ihre eigene ungeduldige Ueberstürzung, daß ihr der Einfall kam, sich auf dem Bahnhof sitzen zu bleiben und — da ihr Geld nicht mehr zur Heimfahrt reichte — sich per pedes apostolorum mit Ruckel und Stolz in ihren derben Bergeschuhen wieder auf die lange weite Rückwanderung zu machen.

Aber da braute der Zug in den Bahnhof. Auf dem Bahnsteig triebelte das Getriebe der Badegäste. In diesem beweglichen und eleganten Leben tauchte Wiltrud in ihrem braunen Lodenrod, ihrem grünen Hütchen mit dem weißen Schiefer, mit Knüppel und Sack behende unter.

Es war ihr, als wenn eine Stromwelle sie fakte und mit sich trüge. Jeder Zweifel, jedes Jagen errant darin. Sie hatt ihr Ziel wie jeder andere, und wie jeder in der lebendigen, unruhigen Menge sich selbst vorwärts steuert irgend wohin, so schritt auch sie einher, frisch und jung, die ganze Welt vor sich. Was hat das Bestimmen? Sie dachte an die Mutter. Sie dachte, daß die Mutter als junges Mädchen hier einst mitliebe, mitwachende und plauberte, mitann und träumte, diese Stiefeln durchwanderte diese Häuser sah, aus diesen Haustüren und Fenstern betrachtete und gegürtet und gewiß von vielen, die jetzt auch soviel älter geworden waren, geert und geliebt wurde —

Dem Kupplack riebelle und blies ihr die Sturmwind entgegen es hummelte ganz international an ihr vorüber unter den Schattten der staatklichen Badegebäude und der hohen grünen Waldberg darüber. Als sie den Platz überschritten hatte, begannen die Musiker im Rios ihre Instrumente einzupaden, als hätten sie sich nur auf sie gewartet, um sie mit Geigen und Trompeten zu begrüßen. Darauf huben die Besperglöken der Stadtkirche zu läuten an, und ihr Herz hob sich in bänglich froher Luft unter dem weichen vollen Schall des Geläutes, das auch einst in das Herz der Mutter gerufen hatte, in sonnigen und in dunklen Stunden

(Fortsetzung folgt.)

Heute

Donnerstag, den 28. Februar

Die Abertausende von Taschentüchern in den verschiedensten Qualitäten, welche für die Innendekoration verwandt wurden, verkaufen wir das Stück zu einem Einheits-Preise von

10

Pfg.

Abgabe nicht unter 1/2 Dutzend.

beginnen wir mit dem Verkauf der **angestaubten Ware**

und der durch unsere große Veranstaltung angesammelten

Reste und Restbestände

sowie der durch die Dekoration während der „Weißten Woche“ leicht beschädigten Artikel. ---

Die Preise sind gewaltig ermäßigt.

Karstadt

Knaben-Paleten neu für 10-12 J. Kn. u. Schülern. (12667) Erietenstr. 27 pr.

Chaisel, gradl. Sofa, Terril, Thür, Kleiderchr., Küchenschr., Rohrstuhl, etc. (12648) Sundestr. 4

Wollsch und Matrasen u. verkauft. (12666) Kronsförder Allee 65 II.

Bei Wilh. Wigger Fackenburg Allee 82 wird la. tollert u. Haare geschnitten. (12648)

Brünnen Kranke Uhr Sie Ihre Uhrmacher um billigen Uhrmacher. (2640) Sundestr. 32.

Gemeinschaftsschule Bezirksversamm. Anfang 7-8 Uhr. Tagesordnung: 1. Problem der Gemeinlich-Schule. 2. Schulhausfrage. Donnerstag, 28. Febr. „Weißer Engel“ Kaseburger Allee I. Knab. Mittelschule Glockengießerstr. Freitag, 29. Februar St. Lorenz-Knab-Mittelschule (Marquardstr. 12) Sonnab., 1. März II. St. Lorenzschule Meierstr. (12630)

W. Diedelmanns Gasthof, Küchlich
Sonnabend, den 1. März 1924

Sr. Maskenball
verbunden mit Kappenfest des A. C. S.

Anfang 7 Uhr. Maskenzug 8 Uhr. Maskenzüge ab mittags im Lokal zu mieten.

Abtershorst. (12688) Morgen Ball.
Sonntag

Restaurant „Eisenbahnheller“
Ketteich 16. (12644)

Großes Auspielen
von Rauchfleisch, Wurst usw.
am Sonnabend, dem 1., Sonntag, dem 2. und Montag, dem 3. März.

Anfang 11 Uhr morgens. Wilh. Ahrens.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Distrikt Kücknitz. (12650)

Mitglieder-Versammlung
Am Donnerstag, den 28. Februar 1924 abends 6 1/2 Uhr in **Diedelmanns Gasthof.**

Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung (Kücknitz)
2. Beitragserhöhung
3. Sonstige Verbandsangelegenheiten.
Die Distriktleitung.

Deutscher Verkehrsbund.
Ortsverwaltung Lübeck. (12668)

Gemeinschaftliche Mitgliederversammlung
am Donnerstag, 28. Febr. abends 7 1/2 Uhr im **Gewerkschaftshaus.**

Tagesordnung:
1. Jahresbericht
2. Quartals- u. Jahresabrechnung
3. Neuwahlen
4. Bericht von der Gau- und Ortsortständerkonferenz.
Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung!

Der restliche Lohn wird an unsere ausgeschiedene Belegschaft

am Freitag, dem 29. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr,

und zwar für die in Siems, Küchlich und Dänischburg Wohnenden auf **unserm Werk,**

für die in Schwartau und Umgegend Wohnenden in **Swartau, Lübederstraße 10, „Gasthof Transvaal“;**

für alle übrigen in **Lübeck, Gewerkschaftshaus, Zimmer 1,** ausgezahlt.

Die Entlassungspapiere können weiter in unserm Lohnbureau und am Freitag an den Zahlstellen in Empfang genommen werden.

Siems, den 27. Februar 1924.
Travewerk.

Bekanntmachung!

Die Auszahlung der Restlöhne sowie die Aushändigung der Papiere an die entlassenen Mitglieder unserer Belegschaft erfolgt am **Freitag, dem 29. ds. Mts.,** nachmittags 4 Uhr im **Gewerkschaftshaus.** (12678)

Lübeck-Siems, 27. Febr. 1924.

Brückenbau Flender A.-S.

Schiffswerft Siems.

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, 29. Febr. abends 7 1/2 Uhr im **Gewerkschaftshaus.**

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. (12659)
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch vorzeigen.
Der Vorstand.

Frauen-Verein Seeretz.
Einladung zum **Fastnachts-Ball**
am Sonntag, 2. März im Lokal von Herrn E. Goras, Seeretz Anfang 6 Uhr. (12670) Das Festkomitee.

Trocadero.
Schlüsselbud. A. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. (12642)

Hania-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Meine Braut — Deine Braut.

Hauptrollen: Wolf, Wahl, Charlier, Koffo, Witt, Gülland, Wagners-Stalng. (12658)

In Vorbereitung:
„Spitzhustenstreiche“
(Robert u. Bertram)

Stadttheater Lübeck.
Donnerstag, 7.30 Uhr: **Mona Lisa.** (12637)
Freitag 7.30 Uhr: **Bürger-Schippel.**

Gas cbm 21 Goldsfq., Lichtstrom khw 65, Kraftstrom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Vertima 20, ohne Vertima 10 Goldsfq. (12653)

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 27. Februar.

Patrioten im Café.

Sie saßen und tranken zwar nicht am Teetisch, sondern am Bierisch und sprachen nicht von Liebe, sondern von Politik und wahrem Patriotismus, denn sie hatten bereits viel getrunken und waren schon sehr stark deutschnational. Dieser Bierisch stand in einem Caféhaus, in dem es so voll war, daß einem der Atem knapp wurde. Und immer noch schoben sich neue Scharen von der Straße herein, und auf dem Podium spielte die Musik mehr mit Schwitz als mit Schmaß, und alles schwamm im Meer der Glückseligkeit. Die Patrioten am Bierisch aber lebten wie auf einer Insel inmitten allgemeiner Nulligkeit, leerten Glas um Glas und lösten — die soziale Frage. Sie kümmerten sich nicht um das Menschengeflübel, durch dessen enge Maschen die Kellner mit schweren Tablett geschickt sich schlängelten, sie lehrten der Kapelle den Rücken, und wenn die Musiker die Instrumente für ein Weisheit in Ruhe ließen, konnte man ein paar Schlagworte erhalten, die die Patrioten nur so auf den marmornen Bierisch schlugen. „Soziale Gesundheit . . . vernünftige Wirtschaftspolitik . . . nationale Basis . . . Marxistenbande . . . rotes Manassegeflübel . . . verdamnte Judenbaggage“ und so. So richtig Kapplistenworten und Kapitelüberschriften einer handlichen, für Hinz und Kunz gleich leicht faßlichen, praktischen Nationalökonomie.

Nach kurzer Pause paukte und siedelte die Musik wieder frisch drauf los. Blöcklich, nach ein paar Taktchen, fuhr der eine der Patrioten am marmornen Bierisch, wie von der Tarantel gestochen, in die Höhe, und seine Worte tobten und tollten nur so vor gemachter Mut. „Da habt Ihr die Schweinerei! Was hab' ich vorhin gesagt? Was hab' ich gesagt? — aagt! Wo bleibt die Achtung vor dem Deutschtum? Spielen die Kerle in einem deutschen Café „Carmen“, wo wir so viele gute deutsche Musik haben! Brauchen wir das französische Drecksgebudel? Ein Skandal ist das, ein . . .“ Einer seiner Mitpatrioten, der anscheinend noch nicht ganz toll deutschnational war, wollte die Wogen glätten und warf ein: „Na laß, man ist doch aber eine schöne Musik, diese „Carmen“.“ „Ach was! Is mir egal! Ne Schweinerei ist es und bleibt es, daß sie hier französische Musik machen!“

Da drehte sich vom Nachbartisch einer um und sagte bescheiden: „Entschuldigen Sie, meine Herren! Die Musik spielt aber nicht „Carmen“, sondern „Troubadour“.“ Indessen, diese Feststellung, an deren Richtigkeit nicht gezweifelt werden konnte, rührte den Patrioten nicht im geringsten. Mit einer Stimme, in der Kühnheit war und Mut zugleich, Abweisung, Märgel, kurz, die ganze Stala schöner Empfindungen zwischen Stärke, Dünfel und Stolz, wie sie die Seele eines echten Patrioten durchströmt, sagte er: „Da könnt Ihr sehen, wie sie sich alle an mir reiben!“ Einer der Caféausgäste aber, der schon lange der praktischen Nationalökonomie der Patrioten am marmornen Bierisch lauschend zuhört hatte, warf so recht warm und wohlklingend dazwischen: „Mach'n Sie sich nicht draus, junger Mann! Lassen Sie sich kalt abreiben, dann vergeht das wieder.“

Anmerkung des Chronisten, damit niemand in schlechten und schimpflichen Verdacht komme: Es war am Vorabend einer landwirtschaftlichen Tagung!

Achtung, Parteigenossen! Die Parteibezirke sind wieder eingetroffen und können im Parteisekretariat, Johannisstraße 48; 1 entgegengenommen werden.

Die Sammelkisten für den Bürgerchaftswahlfonds müssen umgehend zurückgegeben werden. J. U.: S. Wolfradt.

Achtung, Bürgerchaftsfraktion! Freitag 6 Uhr Sitzung im Rathaus. Die Fraktionsmitglieder haben rechtlich und pünktlich zu erscheinen.

Das Schulgeld für März ist in der gleichen Höhe wie für Februar festgesetzt worden. Die Einziehung der Beträge wird wieder durch Beamte der Oberaufsichtsbehörde in den Schulen erfolgen. Um pünktliche Einzahlung wird gebeten. Bei Zahlungen in Papiermark wird der Stand der Goldmark nach der amtlichen Berliner Notierung vom 29. Februar 1924 berechnet. Rückstände werden nebst den gesetzlichen Zuschlägen durch Zwangsvollstreckung im Verwaltungswege beipatrieben.

Gesellschaftsbesonderzüge zum Leipziger Messe. Der Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse vom 2. bis 8. März wird durch Gesellschaftszüge mit 25prozentiger Fahrpreisermäßigung, die auf zahlreichen Strecken verkehren, wiederum eine Erleichterung erfahren. Es sind folgende Sonderzüge vorgesehen: **Hamburg-Hamburg-Keipzig.** Abfahrt in Hamburg am 1. März, 10 Uhr 17 abends. **Hamburg-Hamburg-Weinburg.** Abfahrt in Hamburg am 29. Februar und 1. März, 10 Uhr 41 vormittags. **Hamburg-Hbf.-Hagenow-Land-Ludwigslust.** Abfahrt in Hamburg am 1. März, 11 Uhr 05 vormittags.

Der Kampf auf den Werkschiffswerften.

Über 1200 Arbeiter ausgesperrt.

Nachdem die Werftarbeiter sich mit übergroßer Mehrheit gegen den gefällten Schiedsspruch ausgesprochen und dadurch zum Ausdruck gebracht haben, daß sie am Mittwoch den 27. unter allen Umständen festhalten wollen, ist der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt. Auch in Lübeck sind heute über 1200 Werftarbeiter auf die Straße gesetzt worden, indem die Werkbesitzer folgenden Anschlag veröffentlichten:

„Nachdem gestern der größte Teil der Belegschaft die Arbeit vor Schluß der tariflich festgelegten regelmäßigen Arbeitszeit verlassen hat und damit vertragsbrüchig geworden ist, sehen wir uns genötigt, folgendes bekannt zu machen:

Jeder Arbeiter, der heute die Arbeitszeiteinteilung nicht einhält oder die Arbeit vor Schluß der regelmäßigen Arbeitszeit niederlegt, gilt damit als entlassen.“

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter es ablehnten, die von den Werkbesitzern diktierte Arbeitszeit einzuhalten. Werkwürdig ist nur, daß die Arbeitgeber jetzt einen Vertragsbruch konstruieren wollen. Als leinstenzeit der erste Schiedsspruch gefällt und verbindlich erklärt wurde, lag sicherlich ein Vertragsbruch auf Seiten der Unternehmer vor. Das scheint den Herren anscheinend gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, sonst könnten sie heute nicht von Vertragsbruch reden. Hätten sie den Schiedsspruch anerkannt, so wäre die Bahn für Verhandlungen in jeder Beziehung freigewesen; aber an dem guten Willen der Unternehmer hat es leider gefehlt. Zugegeben werden soll, daß die hiesigen Werkbesitzer mit den Maßnahmen ihrer Gruppe nicht einverstanden sind, sie sich aber dem Beschluß ihrer Organi-

Neuregelung des Pachtgesetzes.

Das Gesetz zur Verlängerung der Pachtgesetzordnung vom 29. Juni 1922, das sich mit Grundstücken befaßt, die zu landwirtschaftlicher, obstbaulicher oder gewerbmäßiger gärtnerischer Nutzung verpachtet oder verliehen sind, ist durch eine Reichsverordnung vom 13. Februar 1924 abgeändert worden. Danach können die Pachtvereinigungsämter für Grundstücke der erwähnten Art und jeder Größe bestimmen, daß Leistungen, die unter den veränderten allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr gerechtfertigt sind, anderweit festgelegt werden, soweit dies der Billigkeit entspricht. Die früheren Voraussetzungen (Ausbeutung der Pachtlage, offenbare schwere Unbilligkeit oder wirtschaftliche Notlage) sind gestrichen worden. Dem billigen Ermessen der Pachtvereinigungsämter ist dadurch ein größerer Spielraum gegeben worden. Auch ist die Vorschrift, daß zur Umwandlung einer Geldpacht in eine Naturalpacht oder Naturalwertpacht oder umgekehrt die Zustimmung beider Teile erforderlich sei, gestrichen worden. Das Pachtvereinigungsamt kann also je nach Lage des Falles eine solche Umwandlung bestimmen, soweit sie der Billigkeit entspricht.

Bei Pachtlandereien, die weniger als 10 Hektar groß sind, können die Pachtvereinigungsämter, wenn und soweit es bei Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht, außerdem bestimmen, daß

- a) gekündigte Verträge bis zur Dauer von 2 Jahren fortzuführen sind,
- b) ohne Kündigung ablaufende Verträge bis zur Dauer von 2 Jahren verlängert werden,
- c) Verträge vor Ablauf der vereinbarten Zeit aufgehoben werden.

Falls der Pächter oder sonstige Nutzungsberechtigte das Land nicht besonders schlecht bewirtschaftet, soll ein Pachtvertrag regelmäßig dann verlängert werden, wenn dem Pächter oder Nutzungsberechtigten sonst nicht insgesamt 10 Hektar Land zur Bewirtschaftung verbleiben würden. Eigenes oder sonst genutztes Land ist dabei anzurechnen. Die Verlängerung kann wiederholt erfolgen. Diese Vorschrift deckt sich mit der bisherigen Regelung. Neu ist die Vorschrift, daß das Pachtvereinigungsamt bei einer Vertragsverlängerung auf Antrag des Verpächters zugleich den Pachtzins neu festzusetzen hat, und zwar auf den Betrag, der nach dem Ertrag angemessen erscheint, den das Grundstück bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung nachhaltig zu gewähren vermag. Eine solche Festsetzung erfolgte allerdings auch früher schon regelmäßig. Mit größerer Deutlichkeit ist ferner gesagt worden, daß die ordentlichen Gerichte zur Entscheidung der zur Zuständigkeit der Pachtvereinigungsämter gehörenden Pachtstreitigkeiten nicht angerufen werden können. Insbesondere wird die Zuständigkeit der Pachtvereinigungsämter nicht dadurch ausgeschlossen, daß sich der Vertrag auch auf Wohn- oder Wirtschaftsräume erstreckt, d. h., wenn im Rahmen eines Vertrages, der die Ueberlassung eines Grundstückes zu landwirtschaftlicher, obstbaulicher oder gewerbmäßiger gärtnerischer Nutzung zum Gegenstande hat, Wohn- oder Wirtschaftsräume mit übergeben worden sind, so ist auch für sie das Pachtvereinigungsamt, nicht etwa das ordentliche Gericht zuständig. Die Wohn- und Wirtschaftsräume teilen eben das Schicksal der Hauptsache. Diese Bestimmung darf aber nicht zu der Annahme verleiten, daß das Pachtvereinigungsamt nun auch zuständig sei, wenn

z. B. ein Kurhaus mit größerem Obstgarten zum Zwecke des Kurbetriebes verpachtet worden ist. In einem solchen Falle liegt vielmehr weder eine obstbauliche (Obstbau als Gewerbe gedacht), noch eine gewerbmäßige gärtnerische Nutzung vor. Ein Pachtvertrag besteht also für solche Pachtobjekte nicht.

Die vorerwähnten Bestimmungen gelten auch dann, wenn der Vertrag gleichzeitig ein Arbeitsverhältnis enthält. Neu ist hier die Bestimmung, daß von der Befugnis, einen solchen Vertrag zu verlängern, kein Gebrauch gemacht werden darf, wenn ein wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses vorliegt. — Von den abgeänderten Bestimmungen über die Berufung der Pächter verdienen die Erwähnung, daß die sämtlichen Pächter eines Verpächters von der Ausübung des Amtes als Pächter ausgeschlossen sind in einem Pachtvertrage des Verpächters mit einem seiner Pächter, und daß die Zuziehung von Pächtern mit Zustimmung der Parteien unterbleiben kann. — Die für einige Fälle geltende Gebührenerfreiheit ist gestrichen worden. — In Bezug auf die Fristen für die Anrufung der Pachtvereinigungsämter gilt nunmehr folgendes: Der Antrag auf Abänderung einer Vertragsleistung ist abzugeben, wenn er nicht spätestens binnen zwei Monaten nach Ablauf des Pachtjahres (bisher: spätestens am letzten Tage des Pachtjahres), für das die Abänderung beantragt wird, bei dem zuständigen Pachtvereinigungsamt eingereicht ist. Der Antrag, über die Wirksamkeit einer Kündigung zu entscheiden, ist unzeitiglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern, nach Eingang der Kündigung zu stellen. Der Antrag, ein ohne Kündigung ablaufendes Pachtverhältnis zu verlängern, ist so rechtzeitig zu stellen, wie es unter Berücksichtigung der Interessen des anderen Teils verlangt werden kann. Der Antrag kann in beiden Fällen nicht mehr gestellt werden, wenn die Pachtzeit abgelaufen ist.

Die neue Verordnung tritt im lübeckischen Staatsgebiet am 1. März 1924 in Kraft. Ihre Geltungsdauer ist auf die Zeit bis zum 30. September 1925 beschränkt. — Von besonderer Bedeutung ist endlich die Vorschrift, daß die Pachtgesetzordnung auf Pachtverträge keine Anwendung findet, die nach dem Inkrafttreten der Verordnung, hier also nach dem 29. Februar 1924, abgeschlossen werden, es sei denn, daß sie gleichzeitig ein Arbeitsverhältnis enthalten. Parteien, die miteinander in einem Pachtverhältnis über ein Grundstück der hier fraglichen Art stehen und wünschen, daß auch hinfert auf ihr Rechtsverhältnis die Pachtgesetzbestimmungen Anwendung finden, tun also gut daran, keine neuen Pachtverträge zu schließen, sondern die bestehenden, gegebenenfalls mit den vereinbarten Abänderungen, fortzuführen.

Zum Schluß verdient noch eine Vorschrift der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 Erwähnung. Danach hatten, soweit das mit der Rentenbankgrundschuld belastete Grundstück verpachtet ist, der Eigentümer und der Pächter der Rentenbank gegenüber gesamtschuldnerisch für die zu zahlenden Zinsen (6 v. H. der festgestellten Grundschuld). Im Verhältnis zueinander ist der Eigentümer zur Zahlung von einem Viertel, der Pächter zur Zahlung von drei Vierteln der Zinsen verpflichtet. Soweit diese Verteilung der Zinsen einen Teil gegenüber dem andern übermäßig belastet, hat das Pachtvereinigungsamt auf Antrag eine anderweitige Festlegung des Pachtpreises vorzunehmen.

tion fügen und aussperren. Das ist bedauerlich, aber die Arbeiterchaft wird sich damit abfinden müssen und aus diesem Vorgang die Lehre ziehen, daß es für sie nur eins geben kann, und dem Machtwillen der Unternehmer zu begegnen, nämlich: den restlosen Zusammenschluß in der Organisation.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Lübeck.

J. U.: A. Löwig.

Die Rattenvertilgung am 28. und 29. Februar.

Zur Aufklärung über die beiden Rattenvertilgungstage sei noch einmal auf Folgendes hingewiesen:

1. Die Rattenvertilgung ist Pflichtsache. Jeder Eigentümer von Grundstücken in der Stadt Lübeck und den Vorstädten ist strafällig, wenn er die vorgeschriebene Giftauslegung unterläßt. (Siehe Verordnung vom 20. Februar 1924.)

Eine Ausnahme ist nur zugelassen, wenn man an den beiden Tagen (Donnerstag, den 28. und Freitag, den 29. Februar) einen Kammerjäger mit der Vertilgung beauftragt und hierüber eine Bescheinigung sich anstellen läßt.

2. Jeder zur Vertilgung Verpflichtete muß sich erst einen Giftschein von der nächsten Polizeiwache holen. Die Gifte dürfen nur bei den auf dem Giftschein vermerkten Handlungen gekauft werden.

3. Mit der Giftleguna sind starke Gefahren für Menschen und Haustiere verbunden. Daher beachte man sehr die nächsten Punkte.

4. Schon vor dem Rattenstag sind alle für die Ratten als Nahrungsmittel dienenden Stoffe so zu verwahren oder zu befeuchten, daß die Ratten nicht daran können, und insoweit es am Rattenstag mit möglichst trockenem Hunger die Giftmittel annehmen. Das Giftmittel ist möglichst rechtzeitig zu besorgen. Ueber die nötige Menge geben die Vertilgungsausschüsse Auskunft. Als Gifte werden Phosphorsäure und ein Meerzwiebelpräparat auszugeben. Erstere ist wirksamer, bei ihrer Verwendung muß aber besondere Vorsicht angewendet werden. Meerzwiebelpräparate sind für Menschen und Haustiere ungefährlich, dafür aber auch in ihrer Wirkung längst nicht so zuverlässig.

5. Am Rattenstag selbst sind Haustiere so zu verwahren, daß sie die ausgelegten Giftbroden nicht erreichen können. Als Köder dienen gelöste Kartoffeln, Käse, Speck, Brot, Fleisch, Fisch etc. Es empfiehlt sich, solche Mittel zu verwenden, die den Ratten an dem betreffenden Ort in letzter Zeit nicht in größerer Menge zur Verfügung gestanden haben. Besonders wirksam sind Fischabfälle. Das Giftmittel ist mit dem Ködermittel zu vermischen oder aufzustreuen. Bei der Zubereitung der Giftbroden und ihrer Auslegung ist mit größter Vorsicht zu verfahren. Am besten geschieht sie mit Holzstäben, die nach dem Gebrauch zu verbrennen sind. Die Hände sind gründlich zu waschen. Kinder sind bei der Herstellung und Auslegung der Giftbroden unbedingt auszuschließen. Die ganze Menge des Giftes ist auf einmal zu verbrauchen. Reste dürfen nicht aufbewahrt werden, sondern sind mit den Gefäßen unschädlich zu machen. Die Giftbroden sind an solchen Stellen auszuliegen, wo sich die Ratten meist aufhalten, also in Kellern, in Viehkästen, Lagerräumen, auf Dachböden, an Abfallhaufen usw. Das Gift ist abends auszuliegen und am folgenden Morgen wieder einzusammeln und zu verwahren. Am nächsten Abend werden die Giftbroden nochmals ausgelegt und am folgenden

Morgen endgültig beseitigt. Beim Zubereiten, Auslegen und Einsammeln ist dafür Sorge zu tragen, daß Lockmittel und Gift möglichst mit den Händen nicht in Berührung kommen, da sonst die Gefahr besteht, daß die Ratten das Gift nicht annehmen.

6. Nach dem Rattenstag sind Giftreste und Giftgefäße durch Verbrennen zu beseitigen. Es ist streng verboten, Giftreste zum Mülleimer oder Abfallhaufen zu werfen. Nur Scherben, die durch Zufälligkeit entstehen, sind die verantwortlichen Personen zivilrechtlich, unter Umständen auch strafrechtlich haftbar.

Ein „spiritistischer“ Abend.

Wie man die Menschen zu verdummen macht.

Wir einer ungläublichen Spekulation auf die Einflüsse der Mitmenschen wird deren seelische Zermürbung durch Krieg und kapitalistische Profitgier von manchen Leuten nutzbar zu machen versucht. Ein Beispiel dieser Art bot am Montag ein Vortrag des ehemaligen Terenzianer Dr. L. L. L. in der Flora. Die Zahl der Zuhörer war nicht sehr groß, und diese wenigen gingen enttäuscht von dannen. Ihnen konnten selbst die einschmeichelnden Töne des Vortragenden die harte Wirklichkeit tatsächlichen Geschehens nicht aus dem Sinne schlagen, so sehr dieser auch durch wissenschaftlichen Anstrich zu umnebeln versucht wurde. Der Mann ist noch selbst im Zweifel, ob nicht unter ganzem Traum, Trance und Tod atöcher Traum ist und bezeichnet deshalb Traum, Trance und Tod als Einfallstore ins Jenseits. Um in dieses Einbild zu gewinnen, muß sich der Erdmensch durch Seelenverfeinerung dem Urgeist nähern, sonst geht er im Meer der unterirdischen Individualität verlustig und ist sich als weckendes Element aus telepathischer Kraft, Hellhören, Gewöhnen an die Ausdrucksweise Verkörbener gehört dazu, um deren Botschaften gleich drastischen Wellen aufzufangen. Im besten eignet sich dazu die sogenannte Geistesruhe von 12—1 Uhr nachts. Nicht mehr als sieben große Sphären hat der Verkörbener im All abzulaufen, bis er — von der 5. an — zur strahlenden Gottnähe gelangt. Sind die Seelen abgeflungen, dann ist der Zustand der Rumpfüllung erreicht. Je höher der Flug im Jenseits, desto weniger wird sich der Geist zeigen, dafür aber werden die moralisch Minderwertigen oder Verkörbener die spiritistischen Zirkel auf Erden hören, die notwendig sind, um Zeichen von den Seelenwanderern zu empfangen. Doch nicht mit jedem Besessenen im Jenseits darf man in Gesellschaft treten, sonst gewinnt dieser Gewalt über einen, bringt Spukphänomene ins Haus und Nervenkrankheiten dazu. Weisheit und Verstand ist von den im kalten Traum schwelgenden Seelen nicht zu erwarten. Der sterbliche Mensch wird Lichtwellen weilt ihm die Welt zu klein, beständig sich, weil ihm das All zu eng wird und geht zum Schluß in das große Planetensystem ein. Auf diesem Wege wird die Seele zur Empfindung des Allgeistes und reagiert verfeinert als Funktion der drastischen Telegraphie auf die kosmischen Wellen. Um zu diesem Resultat zu gelangen, und gelegentlich mit der Seele Verkörbener in spiritistischen Zirkeln zu korrespondieren, muß der Alltagsmensch seine gelunde Vernunft verlassen und in Regionen leben, in denen das bloße Spiritisieren verblüht und der Verstand jene prauen-vollen Risse zeigt, die dem Psychiker Anlaß zu schmerzlichen Bedenken geben. Redenflüster und verwirrt aber sind Leute, die dazu beitragen, gesunde oder schwache Lebensgeister durch derartigen Anflug zu verwirren und sich dafür noch entsprechende Eintrittspreise bezahlen lassen. Zu bedauern sind die Einfallspinsel oder Allzuneugierigen, die 1—3 Mark dafür ausgeben, allerdings nicht

Achtung, Gewerkschaftsvorstände!

Die Wohlfahrtschecks sind im Sekretariat in Empfang zu nehmen. Diese Checks eignen sich sehr gut zur Ausgabe an reisende Gewerkschaftsmitglieder. Wir bitten regen Gebrauch von dieser Einrichtung zu machen.

Der Vorstand des A D G B.

Jugendweibe 1924.

Wir machen schon heute darauf aufmerksam, daß die Jugendweibe für die Kinder, die Ostern die Schule verlassen und nicht kirchlich konfirmiert werden sollen, am Samstag in einer Schulaula stattfindet. Die Eltern werden gebeten, die Schulentlassenen, die an der Jugendweibe teilnehmen sollen, im Sekretariat der S. P. D., Johannisstraße 48 I, in der Zeit vorm. 11—1 und nachm. von 4—7 Uhr anmelden zu wollen.

Der Vorstand des Vereins „Arbeiter-Jugend“.

Hafenunfallaufsicht am Hafen.

(Aus dem 13. Jahresbericht des Hafenamtes.)

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1923 wurden 1226 Revisionen ausgeführt, davon auf Dampfschiffen 884, auf Binnen- und Seeschiffen 191, auf Holzplätzen 57, auf sonstigen Arbeitsplätzen (Kohlenlagern, Schuppen, Kränen) 284. Auf den Schiffen waren 3.31 der Revisionen beschäftigt; in der Ladung 15.000 Mann, auf sonstigen Arbeitsplätzen 2950 Mann.

Ständige Dampfer und sonstige Fahrzeuge wurden beim Anlaufen des hiesigen Hafens, je nach Bedarf, ein oder mehrere Male kontrolliert und dann während des Liegens und Ladens fortlaufend unter Kontrolle gehalten. Das Stromnetz wurde behufs Kontrolle der dort liegenden und verkehrenden Fahrzeuge 10mal besucht. Die vorgefundenen Mängel wurden im allgemeinen ohne schriftliche Aufforderung von der Schiffsleitung oder dem Arbeitgeber abgestellt, wo dies nicht der Fall war, wurde eine schriftliche Aufforderung zur Abstellung der Mängel erlassen. Viele Mängel, namentlich an Winden und Raumleitern, wurden auf mangelhaften Schiffen, je nach Erfordernis, provisorisch oder definitiv abgestellt. In 7 Fällen mußte die Arbeit wegen Gefährdung der Arbeiter, bis zur Abstellung der vorgefundenen Mängel verboten werden. Auf einem Binnen- und Seeschiff war die Gabel, worin der Mast steht, verfault. Bei Nachtarbeit mußte auf 2 Dampfern wegen mangelhafter Beleuchtung ein Weiterarbeiten solange verboten werden, bis für genügende Beleuchtung gesorgt war. Verschiedentlich mußte ein Weiterarbeiten unter abgestellten Klappen von Eisenbahnwagen verboten werden, da dieses mit Lebensgefahr für die Arbeiter verbunden ist. In einem Falle wurde von den Arbeitern die Arbeit als zu gefährlich niedergelegt. Die Sache wurde dann auf gutlichem Wege geregelt.

Mängel wurden u. a. festgestellt und deren Abstellung veranlaßt: auf Seeschiffen an Lüften und Ladegeräten 22, Raumleitern 17, Lüften und Schuß 24, Winden und Zubehör 30, Stege und Schieberanlagen 2, Stellringe und Böde 6, Masten, Treppen und Geländer 51, Beleuchtung 12, Arbeitswege 22, Risse. Auf Binnen- und Seeschiffen wurden beantragt: Reparaturbedürftige Winden 3, Mangelhafte Verbandsmaterial 1, fehlende Geländer 1, fehlendes oder mangelhaftes Verbandsmaterial 1, auf Holz-, Kohlen- und sonstigen Arbeitsplätzen: Böde und Laufstufen 4, Anlegebrücken und Ränge 3, Ausrüstung 2, Arbeitswege 6, sonstiges 3 Risse. Im besonderen war hier zu bemerken: Unerkennbar gemachte Abstände der Klapptüren an Eisenbahnwagen, Transport von Runden auf dazu nicht geeigneten Handwagen, gefährlich angelegte Kabelleitern, gefährlich aufgebauete Holzkapel, gefährlich angelegte und reparaturbedürftige Stellringe, reparaturbedürftige Bohlenbelag auf Brücken.

In dem für die Hafenunfallaufsicht zuständigen Betriebe ereigneten sich in der Berichtzeit 51 Unfälle. Davon auf Schiffen 21 (1 tödlich), Holz-, Kohlen- und sonstigen Arbeitsplätzen 30. Den Ursachen haben folgende Ursachen zu Grunde gelegen: Umstürzen, Umstürzen von Lasten und Gegenständen 12, Bewegen und Werfen von Lasten und Gegenständen 12, Ausrutschen, Herabfallen, Sturz und Fall bei der Arbeit, Fuß und Fingerquetschungen 24, Verletzungen durch Draht, Holzsplitter, 1, Abschleppen von Lasten 2.

Die Art der Verletzungen waren: Finger- und Handverletzungen 1, Kopfverletzungen 5, Rumpferletzungen 11, Arm- und Beinverletzungen 10, Hand- und Fingerverletzungen 8, Fuß- und Zehenverletzungen 16. Die Verletzten fanden im Alter von: 15 bis 19 Jahren 1, 20—29 Jahren 4, 30—39 Jahren 4, 40—49 Jahren 9, 50—59 Jahren 20, 60—70 Jahren 13. Total 51.

Der schwerere Unfall erstand dadurch, daß der Verletzte durch Abgleiten seiner Handhaben in den Laderaum fiel und einen Schädelverbruch erlitt.

Die Beleuchtung in allen Teilen des Hafens entsprach den unbedingt zu stellenden Anforderungen. Die hier verkehrenden Dampfer besaßen im allgemeinen ausreichende Beleuchtung, wo die Beleuchtung an Bord fehlte, mußte der Stauer die zur Beleuchtung der Arbeitsstätte notwendigen Lampen liefern. Im Berichtsjahre wurde auf 121 Dampfern die ganze Nacht gearbeitet und auf 10 an Sonntagen.

Arbeits- und Lohnverhältnisse. Die Arbeitslosigkeit kann für die Hafenarbeiter im Berichtsjahre eine etwas bessere, als im Jahre 1922 genannt werden. Da keine Störungen durch Eis eintraten, war schon zu Anfang des Jahres, den Verhältnissen entsprechend, eine ganz lebhaft Kalk-Ausfuhr. Durch die Eisverhältnisse in Nordschweden, Finnland und Renal flaute die Schifffahrt im März ab. Von Mitte April ab fehte wieder ein regerer Verkehr ein, welcher teilweise ablaufend bis Ende dieses Jahres anhält. Gute und ständige Verdienstmöglichkeit für die Hafenarbeiter bot die im Juni einsetzende Kalk-Ausfuhr von Ostland. Fast jede Woche trafen 2 Leichter mit Kalk ein und wurde ständig in Tage- und Nachtschicht gearbeitet. Die Kalkausfuhr hielt mit kurzer Unterbrechung bis Mitte September an. Eine weitere gute Verdienstmöglichkeit brachte die zunehmende Kohleneinfuhr von England den Hafenarbeitern. Es trafen im Berichtsjahre für 2 hiesige Kohlenfirmen 32 Dampfer mit 61.000 Tons Kohlen hier ein.

Ausperrungen oder Streiks kamen in den der Hafenunfallaufsicht unterstellten Betrieben nicht vor, verschiedene Schwierigkeiten, die sich aus Lohnverhältnissen oder Arbeitsverhältnissen ergaben, wurden beigelegt, oder durch die technische Schlichtungskommission entschieden.

Die im Berichtsjahre ständig fortschreitende Geldentwertung ging soweit, daß im September die Löhne der Hafenarbeiter von Tag zu Tag festgesetzt werden mußten. Vom 5. November ab wurde der Tagelohn nach dem jeweiligen Dollarkurs von 4,20 Goldmark berechnet. Dieser Lohnsatz entsprach $\frac{1}{2}$ des Vorkriegslohnes und in diesem Verhältnis wurden auch die Abschläge für die Schauerleute und für die Kohlenarbeiter in den Bunkerbetrieben festgesetzt. Die ständig beschäftigten Kalarbeiter und Kranführer der Hafengüterverwaltung erhielten vom 5. November ab 3,36 Mk. pro Tag. Die Kohlenplaharbeiter erhielten vom 5. November ab auch Goldmarklöhne von 18 Mk. pro Woche, welcher Satz vom 19. November an auf 18,90 Mk. erhöht wurde. Kranführer und Handwerkerlöhne 0,50 Mk.

Holzlagerräume. Auch in diesem Berichtsjahre war die Holzlagerräume nicht bedeutend. Aus diesem Grunde war auch die Arbeitslosigkeit für die Holzarbeiter sehr gering. Es kamen 28 Dampfer und 17 Sealer mit Holzladungen an, gegen 74 Dampfer und 64 Sealer im Vorjahre. Arbeitsstellen für Holzarbeiter fanden nicht statt. Holzarbeiter über 21 Jahre bekamen vom November ab 35 Goldpfennig pro Stunde, 19—20jährige 24 Goldpfennig pro Stunde.

Die Auswanderung nach Amerika.

Das amerikanische Konsulat in Bremen veröffentlicht eine amtliche Mitteilung über den gegenwärtigen Stand der deutschen Auswanderung nach Amerika, nach der die Anzahl der aus Deutschland gebürtigen Personen, denen Einreiseerlaubnis nach den Vereinigten Staaten erteilt werden dürfte, für den Rest des Berichtsjahres, also bis 30. Juni 1924, am 8. Februar d. J. beträgt 11.100, so daß nur diejenigen in Deutschland geborenen Personen, die den sogenannten „exempt classes“ angehören, hiervon nicht betroffen werden. Das amerikanische Einwanderungsgesetz schreibt vor, daß folgende Klassen außerhalb der oben erwähnten Quotabestimmungen stehen: Dänische, die nach kurzer Abwesenheit nach Amerika zurückkehren, ferner Deutsche, die Berufsbeschäftigung, Künstler, Sänger, vortragende Professoren von Universitäten und Seminaren oder Gelehrte sind, endlich Deutsche, die als Dienstboten angestellt sind.

Wie hierzu vom Hamburger Amerikanischen Generalkonsulat mitgeteilt wird, ist die Auswanderungsquote bereits im Dezember erfüllt gewesen. Es besteht aber die Möglichkeit, daß die Einwanderungserlaubnis schon im April d. J. wieder erteilt werden wird. Es hängt dies davon ab, ob die Quote für das kommende Rechnungsjahr vermindert oder erhöht wird.

Die Dänenhilfe für deutsche Kinder.

Im vergangenen Jahre brachte die Dänische Hilfe über 10.000 Kinder zum mindestens dreimonatigen Erholungsurlaub nach Dänemark. Vom Oktober bis Mitte Februar sind über 5.500 Kinder nach Dänemark gefahren. Die Kinder wurden nach Gesundheitszustand ausgewählt, und zwar aus 46 deutschen Städten in allen Teilen des Reiches. Zurzeit befinden sich noch über 6.000 Kinder in Dänemark. Während der Sommerferien würde wie in den vorhergehenden Jahren das Kinderlager „Horslev“ wieder eröffnet. Die beiden staatlichen Taubstummenanstalten in Fredericia und Kopenhagen nahmen zusammen 139 taubstumme Kinder aus Deutschland für sechs

Wochen auf. Gleichzeitig wurden 140 taubstumme Kinder auf ähnliche Rechnung in den Heimen Nest i. Bommern, Lenferhof, Byromt untergebracht. — Ferner wurden seit Anfang Januar in Berlin 2000 Kinder aus höheren und Volksschulen täglich mit Kakaos und Gebäck bewirtet. — Am 1. März ist vorgelesen worden Kakaostuben in Thüringen, Sachsen, Breslau, in der Pfalz und im Rheingebiet einzurichten. — Seit Weihnachten sind aus Dänemark 7 Waggons mit Kleibern, Lebensmitteln und 5-Rollgramm-Paketen in Deutschland eingetroffen, u. a. 60 Saft-Hafen-Floken und viele Kisten Milch. Von der Margarinefirma Mönke in Dänemark wurde der Dänischen Hilfe ein Wagon Margarine mit 10.000 Kilogramm zur Verfügung gestellt zur Verteilung an notleidende Familien. Die 2000 Kinder, die zurzeit in den dänischen Kakaostuben gespeist werden, erhalten von den gespendeten Vorräten je ein Paket mit Margarine und Hafersfloken. Zurzeit hat die Dänische Hilfe eine Landesversammlung für Notleidende in Deutschland beendet, die über 300.000 dänische Kronen einbrachte.

Die Aufwertung nach der dritten Steuernotverordnung und die Konsumvereine.

Die Aufwertungsbestimmungen der am 14. Februar in Kraft getretenen dritten Steuernotverordnung der Reichsregierung betreffen zum Teil auch die Konsumgenossenschaften, sofern sie über Guthaben ihrer Mitglieder in Sparkassen oder Sparvereinen verfügen. In einem Aufsatze des geschäftsführenden Vorstandes mitgliedes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Hugo Bäßlein, in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wird darauf verwiesen, daß die den in der Verordnung erwähnten Vermögensanlagen gleich zu achtenden Sparvereineinlagen und Hausanteile bei den Konsumvereinen der Bestimmung unterliegen, nach der eine höhere Aufwertung als 18 Prozent nicht gefordert werden kann und die Abgeltung der bereits gezahlten Beträge erledigt ist. Im übrigen bleibe die Regelung der Angelegenheit der Vereinbarung überlassen. Es sei also bei Aufwertungen als Goldmarkbetrag bis 1. Januar 1918 der Kennbeitrag und für später der jeweilig ermittelte Betrag auf Grund des Dollarkurses maßgebend. Für die Konsumvereine dürfe es sich empfehlen, auf Grund ihrer verfügbaren Mittel die Aufwertung der Spareinlagen und der Hausanteile durch freiwillige Vereinbarung mit ihren Mitgliedern (Beschluß der Vertreterversammlung und der Generalversammlung) vorzunehmen. Da grundsätzlich durch das Gesetz die öffentlichen Sparvereine aus diesem Grunde schon zu einer Regelung übergehen. Selbstverständlich könne eine Aufwertung nur insofern vorgenommen werden, als die Aufwertung vorhanden sei und auch bezüglich des Satzes der Aufwertung müsse nach dem Grundsatze verfahren werden, daß der Betrag auf kein Fall höher sein darf, als er der Genossenschaft zur Verfügung steht. Sätze der Konsumvereine dürfe es sein, daß sie bei dem jedenfalls in jedem Konsumverein bestehenden Kapitalmangel die Aufwertung dahin festlegen, daß die Beträge erst nach einer längeren Frist zurückverlangt werden könnten. Die Verordnung gibt für die unter sie fallenden Anlagen eine Frist von acht Jahren. Für die Genossenschaften dürfe es notwendig sein, die Rückzahlung auf wenigstens fünf Jahre hinauszuschieben. Die Verzinsung spiele keine große Rolle, es werde richtiger sein, wenn die Genossenschaften die ausgewerteten Beträge schon für das Jahr 1924 mit einer möglichen Verzinsung bedächten. — Die Aufwertung von genossenschaftlichen Geschäftsanteilen gehört nicht hierher. Soweit diese von allen einsichtigen Genossenschaftlern längst erledigte Fragen noch aufsteht, ist sie am besten mit den zweiten Durchführungsbestimmungen zur Rentenbankverordnung beantwortet, wonach eine Willkür Papiermark gleich einer Rentenmark zu setzen ist. Da die Aufrechnung je Mitglied aber mehr Kosten verursacht als dabei herauskommt, werden die Papiermarkbeträge der Geschäftsanteile einfach den genossenschaftlichen Fonds überwiesen. Auf diese Weise kosten sie den Mitgliedern keine hohe Berechnung und sie bleiben ihnen, das heißt der Genossenschaft, trotzdem zur Verfügung.

Sisbericht.

(Vom 26. Februar.)

Linienriff „Braunschweig“ funkt am 25. Februar, 7 Uhr abends.

„Es wird nochmals dringend davor gewarnt, unter den jetzt wechsellenden großen Eiskühnheiten Schiffe in die Ostsee aus-

Ein kleiner Tierpark.

Von Ernst Schermer.

(Nachdruck verboten.)

Jahrelang habe ich früher Kriechtiere und Lurche in Terrarien gepflegt und viel Freude daran gehabt. In der Mittagsstunde haben eingewohnte Zuaniden auch wohl Gelegenheit erhalten, sich im Zimmer frei zu bewegen. Mit der Zeit kam ich immer mehr zu der Überzeugung, daß die üblichen Behälter für die Tierchen zu eng seien, und endlich konnte ein lange gehegter Plan in die Tat umgesetzt werden: die Anlage eines Freilandterrariums.

Grundrissmäßig Quadratfläche hatte ich mir zur Verfügung. Da dies es also, hiermit mit dem Wasser umgeben. Der Boden wurde zunächst einen halben Meter tief ausgehoben. Dieser Raum wurde mit Sand, Glassteinen und Fliegendraht ausgefüllt und dadurch so abgedichtet, daß die Tiere sich unmöglich nach unten durcharbeiten konnten. Als Einfassung diente eine Holzplanke von 0,75 Meter Höhe. Eine etwa 20 Zentimeter breite nach innen gerichtete Niederlage sollte das Ueberfließen verhindern. Da der Bodenrand nicht aus festem Lehm bestand, mußte der in der Mitte ausgehobene kleine Teich einen künstlich aus Zement hergestellten Boden erhalten, damit das Wasser nicht versickerte. Der Grund wurde so abgeflacht, daß verschiedene Tiefen entstanden. Nachdem der Zement ausgegossen war, wurde nahrungspflanzlicher Bodengrund eingebracht. Sumpfpflanzen wurden gesetzt und gewöhnlicher Fließsand 10 Zentimeter hoch gut eingedrückt und Wasser eingelassen. Die übrige Fläche wurde einer dicken im Moor gekauten Erde nachgebildet. Ein alter feuerfester Eisenkessel lagte zwischen Terrarium herover und wurde an der anderen Seite von einem Brombeerrand übermüht. Gegenüber wurden Leinwand lose aufgehängt und mit Grasboden bedeckt, sodas vornehmliche Verstecke entstanden. Ein sonniges Plätzchen verblüht leiser Sand. Die Blumen dürfen natürlich nicht fehlen. Auch sie wurden drängen ausgewählt, und der Blumenrand wird seine Wahl so treffen, daß möglichst in jedem Monat Blüten da sind.

Im April war der Einzug der Gäste. Eine Blindwühlmaus, eine Kreuzkröte, zwei Fingeralamander, zwei Gelb- und vier Rotbauchunken nahmen Besitz von ihrem neuen Heim.

Die Unken sind unter den Lurchen die Komiker. Ihre Beweglichkeit, ihr ganzes polterndes Benehmen reizt die Zuschauer. Sie kriechen sie freibeweglich im kleinen Linspel, hüpfen und unbeweglich. Nur ihre klugen Augen verraten, daß Leben in ihnen ist. Da steht eine Schneehühler über dem Wasserpfuhl. Aufmerksam folgen ihr alle Augen. Doch sie fliegt fort. Ein feingewandener Regenwurm kriecht am Rande des Bodens.

Ein Ruch. Schon nicht eine Unke heran. Ein Sprung. Der Wurm ist erlosch. Wieder ein Satz! Zurück ins Wasser. Und da sitzt Frau Unke. Spritzt mit beiden Pfoten den Wurm nach und drückt und tollt die Augen zum Erbarmen. Das muß man gesehen haben! Die Kröten für die Fortkriechen sind übrigens trotz des Ansehens aller Preise nicht höher gemorden. — An warmen Tagen hielten sich die Unken verborgen und hielten erst abends das Feld auf, und leise erklangen ihre Glotterrufe.

Gartliche Kröten! — Wie oft hört man doch dieses ungerechte Urteil. Wer ohne Vorurteil die Tiere betrachtet, wird sie kaum lächeln können dürfen. Zu meiner Kreuzkröte, die aus Fehmarn kam, gestellte sich bald eine Erdkröte. — Die beiden Tierchen sind nicht nur dem Aussehen nach grundverschieden, sondern auch in der Bewegung und ihrem Benehmen. Schwerfällig kriecht die gemeine Kröte dahin, die Kreuzkröte dagegen läuft, ich möchte fast sagen, marschartig. Wertwürdig ist ihre Erregung angesichts einer Beute. Dort kriecht ein Regenwurm. Die Kreuzkröte kuckt, schneit den Kopf vorwärts und kriecht näher. Nun verhält sie und starrt den Wurm an, während die mittleren Beine vor und zurück frampfhaft zucken. Ein Ruch — und die Beute ist fest gepackt. Und nun beginnt ein ähnliches Theater wie bei den Unken. Nur daß die Kröte dabei auf dem Trockenen bleibt. — Wie groß ihre Geizigkeit ist, kann man im Freilandterrarium, wo das Tier mehr Bewegungsfreiheit hat, vorzüglich beobachten. Selbst die großen Nachtkröten, die die Unken nicht anrühren, würgen die Kröten herunter.

Immer wieder mühen trotz der ausgelegten Köder wie Was, Meise- und Käsestücke, die manche Kerbtiere anlocken, Regenwürmer, Raupen und Spinnen eingefetzt werden, um die kleine Gesellschaft satt zu bekommen. Und trotz alledem habe ich es erlebt, daß meine Unken sich an jungen Eidechsen, die im Freilandboden geboren waren, vergreifen und sie ohne große Anstrengung verschlucken. Wie groß mag der Hunger unserer so oft geschmähten Lurche wohl draußen sein, wenn sie so gefräßig sind!

An schönen Sommerabenden, wenn nach dem Sprengen die Wassertröpfchen an den Pflanzen wie Silberglänzen, kann man immer wieder keine Beobachtungen machen. — Aus der Erdhöhle des Hügels kriecht langsam ein gelber Kopf mit zwei dunklen leuchtenden Augen von unergründlicher Tiefe. Ein Feuerlamander ist's. Welche bedächtige Ruhe in allen Bewegungen. „Nur keine Heberhebung“, ist sein Wahlspruch. Da heißt es auch für die Zuschauer: habe Geduld! — Leise, langsam kriecht der Bunte sich vorwärts auf den Wurm zu, den er erangt hat. Eine lange, stille, gründliche Beschäftigung wird vorgenommen. — Nur es ist genügend daran. Er fängt zu, fest und läßt sich dann beim Hinabwürgen wieder Zeit, und ebenso bedächtig streicht er sich die an den Lippen hängenden Erdbrechen am Boden ab.

So ein kleiner Tierpark, der mit so wenig Mitteln überall leicht eingerichtet werden kann, wird viel zum gewöhnlichen Be-

ständnis der verkannten Kriechtiere und Lurche beitragen. Ein Tier ist nur zu verstehen, wenn man es in seiner naturgemäßen Umgebung sieht, sagt schon der Altmeister Goethe. Und wenn unsere Anlage auch nur eine künstlich geschaffene Lebensgemeinschaft ist, deren Zusammensetzung wir täglich ändern können, so haben wir doch in ihr ein gutes Hilfsmittel, um Tiere und Pflanzen im Kreislauf des Jahres draußen betrachten zu können. Nur wer die Tiere kennt, wird sie verstehen, lieben und schätzen können. Natur- und Heimatschutz sind unser Ziel. Wir wissen, daß jeder, der Tierchutz treibt, auch Menschen schützen wird!

Gottfried Keller über das Wort „Putsch“. Das heute viel gebrauchte Wort Putsch ist schweizerischen Ursprungs und findet allgemein für einen bewaffneten Zustand gegen eine bestehende Regierung Anwendung. Aus diesem Anlaß mag daran erinnert werden, daß kein Geringerer als der berühmte Stadtschreiber von Zürich, Gottfried Keller, in seinem „Grünen Heinrich“ eine klassische Erklärung gegeben hat. Im 4. Bande dieses Romans ist zu lesen: „Das Wort Putsch stammt aus der guten Stadt Zürich, wo man einen plötzlich vorübergehenden Regenau ein Putsch nennt, und demgemäß die eiferlüchtigen Nachbarnstädte jedennährliche Gemütsbewegung, Begeisterung, Zornigkeit, Laune oder Wut der Zürcher einen Zürichputsch nennen. Da nun die Zürcher die ersten waren, die gepusht, so blieb der Name für alle jene Bewegungen und bürgert sich sogar in die weitere Sprache ein, wie Sonderbündelei, Freischärer und andere Ausdrücke, die alle aus dem politischen Laboratorium der Schweiz herrühren. Der Zürichputsch war aber eine religiöse Bewegung gewesen, da der müßige Fortschritt eingebend des Sprichworts, daß Mühseligkeit aller Last Anfang ist, etwas an der Religion wollte, wie die Bauern sich ausdrückten, und zwar auf dogmatischem Wege. Die folgenden Putsche aber gewannen durch diesen Anfang ihre Lösungswort.“ Der sogenannte „Zürichputsch“, auf den Keller hier anspielt, ist jene Bewegung aus dem Jahre 1839. Damals war der bekannte freisinnige Theologe David Friedrich Strauß an die Universität Zürich berufen worden. Der Verfasser des „Leben Jesu“ galt als Gottesleugner und deshalb waren über seine Berufung nicht nur orthodoxe Geistliche, sondern auch weitere Volkstheile entrüstet. Um eine Kundgebung zu veranstalten, zogen 4000 Bauern, die von konservativen Fabrikherren und Pfarrern gegen die liberale Regierung aufgebracht waren und die zum Teil mit Prügelein, Dreißigstücken, aber auch einzelnen Flinten bewaffnet waren, gegen Zürich. Hier standen Militär und Studenten bereit, um einen etwaigen Angriff abzuwehren. Es kam tatsächlich zu einem Zusammenstoß, wobei die „Putschisten“ unter Verlust von einigen Toten und Verwundeten zurückgeschlagen wurden. Die freisinnige Regierung jedoch sah sich infolge dieser Vorgänge genötigt, die Berufung von Strauß zurückzunehmen.

kaufen zu lassen, da erneut starke Eisbildungen bemerkbar bei ruhiger See. Bitte Reedereien ernsthaft abmahnen.
Dem finnischen Eisbrechtdampfer „Mira“ gelang es trotz aller Eishindernisse, heute um 12¼ Uhr mittags, nach 68stündiger Ueberfahrt von Hangö, den Lübecker Hafen zu erreichen.

Staatliche öffentliche Bibliotheken.

Neuerwerbungen der Stadtbibliothek (Hundestraße 1).

Auswahlliste 1923/24.

Die neuesten Erwerbungen werden zur Ansicht zunächst je wöchentlich zwei Wochen lang im Lesesaal ausgestellt. Vormerkung für die Entleiher erfolgt auf Wunsch in der Leihstelle. Wir werden nach Veröffentlichung dieser Auswahlliste des verflohenen Jahres künftighin die uns auf Wunsch in Auswahl zur Verfügung gestellten Titel der Neuerwerbungen der Bibliothek in fürgeren Zeitspannen veröffentlichen und damit in Zusammenarbeit mit der Bibliotheksdirektion unseren Lesern einen erwünschten Wegweiser zu bedeutenden Büchern bieten. (D. Red.)

Allgemeines. Druck- und Buchwesen. Sammelwerke.

- Ausstellung von Buch- und Steindruckarbeiten. Mus. f. Buch u. Schrift, Leipzig 1923.
- Bod, F.: Nürnberger Bibliotheksführer. 1923.
- Bogeng, G. A. C.: D. großen Bibliotheken. 1-3. 1922.
- Collin, J.: Der älteste Swensta trydte? 1923.
- Dimpfel, R.: Biograph. Nachschlagewerke. 1922.
- Eicher, H.: Aus d. ameritan. Bibliothekswesen. 1923.
- Norsk Foltermuseum. Beretning. 28. 1923.
- Hofmann, W.: Der Weg z. Schrifttum. 1922.
- Houben, H. H.: Verbot. Litteratur von d. Klass. Zeit bis z. Gegenw. 1. 1924.
- Deutsch-nordisches Jahrbuch. 1922-23.
- Katalog d. Bibliothek d. Techn. Hochschule Berlin. 1900-07.
- Krieger, B.: D. Bücherbesitz d. Hohenzollern. 1922.
- Ladewig, P.: D. Bibliothek d. Gegenwart.
- Literaturführer, kleine, 4. Raab: Von d. Antike. 1923.
- Pöfller, R.: Kbn. Bibliotheksgesch. im Umriß. 1923.
- Pfeil, W.: D. älteste Bucheinlegerzeichen d. Lib. Stadtbibliothek. 1923.
- Renner, P.: Typographie als Kunst. 1922.
- Schneider, G.: Handbuch d. Bibliographie. 1923.
- Schüd, H.: D. Svenska förlagsbokhandels historia. 2 Bde. 1923.
- Verzeichnis der f. d. Studium an d. Univ. Hamburg empfohl. Bücher. 1923/24.
- Walther, C.: Bibliographie d. Doktor-Ing. Dissertationen. 1913.
- Weil, E.: D. Wieganddrucke Mühlhens. 1923.
- Zedler, G.: Von Coffer zu Gutenberg. 1921.

Hansestädte.

- Biehl, L.: Bremen. 1922.
- Borries, R. v.: Die Handels- und Schiffsverkehrsbezieh. zwischen Lübeck und Finnland. 1923.
- Böttcher, W.: Gesch. d. Verhinderung d. Lübb. Rechtes. D. J. Collin, J.: Völscheren L. Albrecht i. Lübeck. 1923.
- Collin, J.: Privilegien für Antoniterherrn in Lübeck omkring 1495. 1923.
- Düffel, A.: Plattbüche Sagen un Döntjes. 1924.
- Finder, E.: Die Vierlande. 1. 2. 1922.
- Fischer, S. W.: Hamburger Kulturbilderbogen. 1923.
- Hagen, S. A. C.: D. Burtehuben. 1920.
- Lübecker Heimatkalender. 1923.
- Jahresbericht d. Kunsthalle zu Hamburg f. 1897-1910 und 1914-21. 1898-1922.
- Richter, R.: D. alte Orgel in d. Totentanzkapelle d. St. Marienkirche in Lübeck. 1923.
- Melle, W. v.: Dreißig Jahre Hamb. Wissenschaft 1891-1921. 1923.
- Mitteilungen aus d. Museum f. Völkerverkundung in Hamburg. 8. 1923.
- Ridmann, W. J.: D. Domkirche zu Raseburg. 1881.
- Schloeger, L. v.: Dorothea v. Schloeger. 1923.
- Stahl, W.: D. Orgel im Dom zu Lübeck. 1923.
- Tesdorpf, D. L.: D. Geschichte des Tesdorpfischen Geschlechts bis 1920. 1921.
- Warnde, J.: Zur Gesch. d. Lorellischen Wandgemälde im Audienzsaal d. Rathauses z. Lübeck. 1923.
- Warnde, J.: D. freie u. Hansestadt Lübeck. 1922.
- Warnde, J.: D. St. Jakobikirche in Lübeck. 1923.
- Wehrman, C.: Ueberblick üb. d. Gesch. d. fr. u. Hansestadt Lübeck. 1921.

Bildungspflege, Pädagogik, Leibesübungen.

- Baumgarten, D.: D. relig. Erziehung im Neuen Deutschland. 1922.
- Berger, L.: Leibesübungen an deutschen Hochschulen. 1922.
- Birkmeier, W.: Ueber den Bildungswert d. Mathematik. 1923.
- Braune, F. u. G. Rahe: Das zweite Jahr Gesamtunterricht. 1922.
- Conwenz, H.: Heimatkunde u. Heimatlehre in d. Schule. 1922.
- Drach, E.: Sprechlehre. 1922.
- Fischer, J.: Bohedow u. Lavater. 1912.
- Gaudig, R.: D. Idee d. Persönlichkeit. 1923.
- Geschichtsunterricht im neuen Geiste. 1. 1923.
- Grimme, A.: Vom Sinn u. Widerstand d. Reifeprüfung o. J. Handbuch f. d. Berufs- u. Fachschulwesen, hrsg. v. A. Kühne. 1923.
- Handbuch d. Leibesübungen. 1-2. 1923.
- Handke, J.: D. Entwicklung d. Arbeiterkulturen z. Produktionskulturen. 1923.
- Hoffmann, J.: Handbuch d. Jugendkunde. 1922.
- Türkische Jugend in Deutschland. 1918.
- Jugendnot. Vorträge. 1922.
- Kawerau, S.: D. Bund entchied. Schulreformer. 1923.
- Künstlerische Körperkultur. 1923.
- Kerchensteiner, G.: D. Seele d. Erziehers. 1921.
- Köhler, A.: Method. Führer u. Ratgeber f. d. math. Unterricht. 1-3. 1919-20.
- Krieg, E.: Philosophie d. Erziehung. 1922.
- Menschenbildung. Hrsg. v. P. Desterreich. 1922.
- Menschenbild, B. M.: Funktionelles Frauenturnen. 1923.
- Montessori, M.: Selbsttät. Erziehung im frühen Kindesalter. D. J.
- Desterreich, P.: Bausteine z. neuen Schule. 1923.
- Desterreich, P.: D. Schule z. Volkskultur. 1923.
- Nöfel, J.: Z. Psychologie d. schriftl. Ausdrucks geistl. schwacher Kinder. 1923.
- Sauer, H.: Jugendberatungsstellen. 1923.
- Schermer, E.: Biolog. Freilandanlagen. 1920.
- Schmidt, J. L.: Das Schulfeld. 1914.
- Spranger, E.: Kultur u. Erziehung. 2. A. 1923.
- Staudinger, R.: Kind u. Spielzeug. D. J.
- Strajanski ob. Lebensschule. 1922.
- Lade, D.: D. Sprachunterricht muß umkehren! 1923.
- Tews, J.: Elternabende. 1922.
- Wallentin, E.: Schulreform als Forderung d. Biologie. 1922.

Philosophie und Grundwissenschaft.

- Baudouin, C.: Suggestion u. Antisuggestion. 1923.
- Beyer, A.: Menschenökonomie. 1922.
- Binder, E.: Element. Einführ. in d. spez. Relativitätstheorie. 1923.
- Cohn, J.: Theorie d. Dialektik. 1923.
- Deussen, P.: Mein Leben. 1922.
- Diels, H.: D. antike Weltanschauung. 1921.
- Döring, W. D.: Schopenhauer. 2. A. 1923.

Erismann, Th. u. M. Moers: Psychologie d. Berufsarbeit. 1. 2. 1922.

- Freimari, H.: D. Revolution als psych. Massenereignis. 1920.
- Goldschmidt, L.: Gegen Einsteins Metaphysik. 1923.
- Gunde, J. C.: Grundwissen. Psychologie. 1924.
- Hochfeld, S.: Johs. Rehmde. 1923.
- Kunze, J.: Technik d. geistl. Arbeit. 1923.
- Koln, S. M.: D. psychol. Analyse des ästhet. Genießens. 1912.
- Mad, H.: Bruno Wille als Philosoph. 1913.
- Meller, A.: Komment. z. Kants Kritik d. reinen Vernunft. 1923.
- Meller, A.: Die Philosophie der Gegenwart. 1918.
- Moog, W.: Kants Ansichten üb. Krieg u. Frieden. 1917.
- Moog, W.: Deutsche Philosophie d. 20. Jahrh. 1922.
- Münsterberg, H.: Psychologie u. Wirtschaftsleben. 5. A. 1922.
- Niechle, J.: Jugendchriften. 1923.
- D. Philosophie d. Gegenwart in Selbstdarst. 4. 1923.
- Reinhardt, R.: Parmenides u. d. Gesch. d. griech. Philosophie. 1916.
- Scheler, M.: Vom Umsturz der Werte. 1. 2. 1919.
- Schleich, C. L.: Es läuten die Glocken. 1922.
- Schopenhauer, A.: Reisetagebücher. 1923.
- Wagner, R.: D. fremdsprachl. Zitate in Schopenhauers Werken. D. J.
- Weichelt, H.: Zarathustra-Kommentar. 2. A. 1922.
- Ziegler, H. C.: Tierpsychologie. 1921.

(Fortsetzung folgt.)

Die Vernunft siegt! Endlich ist ein Abkommen zustande gebracht worden, nach dem deutschen Schiffen das Anlaufen französischer Häfen wieder gestattet wird. Als erster deutscher Dampfer, der nach Kriegsausbruch wieder einen französischen Hafen besucht, wird der Schnelldampfer „Cap Bononio“ der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft wahrscheinlich schon am 29. Februar Boulogne anlaufen. Der französische Unterstaatssekretär der Handelsmarine hat eine Anweisung an die Hafenbehörden von Boulogne ergehen lassen, daß die deutschen Schiffe genau so zu behandeln sind wie die anderen Handelsflotten.

Stadthallen-Vorfälle. Daß in diesen Abenteuern der Lady Daisy ist amerikanischer Geschmack vorherrschend. Der Film ist so formlos wie möglich, zeigt aber doch nette Aufnahmen trotz großer Sparsamkeit. Das Dorntüschchen-Märchen war als Traum hineintombiert. Lady M. hatte für die Hauptrolle die erforderliche Gelenkigkeit. Leider ist ihre Mimik stets die gleiche. Die Aufnahmen von dem Erdbeben in Japan erwecken das größte Interesse. Und die süddeutschen und deutsch-böhmischen Baueinrichtungen kündeten den Reiz des Landes von ehemals. Ueber Jugendbekehrung lag nicht in dieser Serie.

pb. Festgenommen wurde ein in der Rotmilchstraße wohnhafter Seemann, der sich eines Verbrechen gegen § 174 Abs. 1 des R. Str. G. schuldig gemacht hat.

pb. Diebstähle. Einem Landmann in Kurau wurde ein Jagdgewehr mit Schrotpatronen, ein Paar Halbstiefel, zwei neue Treibriemen, eine Herren-Taschenuhr mit Ketze, eine Mundharmonika, 70 Zigarren, sowie diverse Kleiderwaren mittels Einbruchs gestohlen. — Aus einem Stall eines Gärtners in der Moisinger Allee wurden 15 rebbunfarbige Hühner gestohlen und an Ort und Stelle geschlachtet. — In einem Garten an der Schwartauer Allee sind vier neue rote Fahrrad-Schläue, Marke Continental-Extra-Prima gefunden worden, die offenbar von einem Diebstahl herrühren. — Einem Trödler in der Wabmsstraße wurden mittels Einbruchs mehrere Anzüge, 5 Kassetts, ein Kleiderverrad, drei Herrenhemden, diverse Paare Herren- und Damenstiefel, ein Fahrrad, diverse Lein-, Tisch- und Bettwäsche, sowie ein aus Weiden geflochtener Koffer gestohlen.

Hinweise auf Ver'ammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Donnerstag findet in völlig neuer dekorativer Ausstattung eine Neuinszenierung von Schillings großer Oper „Mona Lisa“ statt. Das Werk, das überall in Deutschland und auch im Ausland mit außerordentlichem Erfolge gespielt wurde und vor Jahren in Lübeck sich viel Beifall errang, zeigt als Darstellerin der Mona Lisa Fräulein Döhle, als ihre Partnerin in den Hauptpartien die Herren Heimberg und Prohaska. Die Dekorationsentwürfe stammen von Johannes Schröder-Hamburg. Die erste Wiederholung der Oper ist für Sonntag, den 1. März, angelegt.

Hansa-Theater. Von der Schwantoperette „Meine Braut — Deine Braut“ können nur noch einige Lu. führungen stattfinden. In Vorbereitung: „Spighenreich“ (Robert und Bertram).

Angrenzende Gebiete.

Schwerin. Strauchrittermethoden. Mit welsch „gefittigen“ Waffen die Rechtsradikalen in Mecklenburg-Schwerin den Wahlkampf geführt haben, das beleuchtet trah ein Vorkauf, der erst jetzt bekannt wird und dessen Opfer Landtagsabgeordneter Genosse Dieterich aus Rikrow geworden ist. Dieterich hatte in Rokenow in einer völkischen Wählerversammlung als Disziplinierungsredner gesprochen. Auf dem Heimwege fiel eine Schar Haltenkreuz-Jünglinge aus einem Steinbruch über ihn her und schlug so lange auf ihn ein, bis er bewußtlos liegen blieb. Erst nach mehreren Stunden wurde der Schwerverletzte, dem ein Auge besonders übel zugerichtet wurde, hilflos und ohne Bewußtsein zufällig aufgefunden und in seine Wohnung verbracht, wo er erst nach längerer Zeit wieder ins Bewußtsein zurückgerufen werden konnte. Die Mordbuben hatten ihr Opfer noch mit einem Hafentkrenz geschmückt um ja keinen Zweifel zu lassen, daß die Begelagerer in der Gefolgschaft des Herrn v. Graefe zu suchen sind. Wäre der Schwerverletzte Genosse Dieterich nicht durch Zufall aufgefunden worden, so wäre er aller Wahrscheinlichkeit nach als Opfer seiner Verletzungen in der Nacht erstorben.

Hamburg. Verlassene Kommunisten. Das „Echo“ berichtet: „Zunächst ging durch die Hamburger Presse ein Polizeibericht, daß in Hummelbüttel eine kommunistische Geheimkonferenz ausgeschrieben sei. Inzwischen sind etwa 40 Teilnehmer verurteilt. Kein Vorstandsmitglied der KPD, war unter den Verhafteten. Die Strafe traf, wie immer, die kommunistischen Soldaten. Lindau war auf dieser Zusammenkunft Referent. Er triefte vor Kampfeslust und Eifer, bis das verabredete Zeichen „dies Luft“ kam. Er verstand, ohne der Verammlung vom Rauber der Polizei Mitteilung zu machen. Seine persönliche Sicherheit war ihm höchstes Gut, der Schutz der Geliebten, denen man vorher gesagt hatte, daß die Verammlung erlaubt sei, daß kommunistisch schimpfe. So schimpfte, daß er keine schriftlichen Anzeigen, einschließlich einer Liste von kommunistischen Betriebs-Vertrauensleuten zur gefälligen Benutzung für die Staatsanwaltschaft liegen ließ. Auch die ihm sekundierenden Westermann und Endow „dachten nicht daran“, durch Vernichtung der Papiere Mitglieder der KPD, vor gerichtlicher Verfolgung zu schützen. Man lieferte ja nur einige kommunistisch orientierte Betriebsräte, nicht sich selbst an das Messer. Nur ein Propagandeur kann keine Gefolgschaft so preisgeben, nie ein keiner Verantwortung bewußter Führer. Wie diese Propagandatur sich untereinander ahen und trauen, dafür ein weiterer Beweis. Uebahns (M. d. B.) steht in dem Verdacht, ein ungeheuerlich unehrliches Spiel getrieben zu haben. Um den in Haft Befindlichen nicht zu belassen, müssen wir schweigen bis nach der Verurteilung. Aber aufgehoben, ist nicht aufgehoben!“

Hamburg. Das Hamburger Messehausprojekt. Der Bau eines auf rund 10000 Quadratmeter Grundfläche ruhenden Messepalastes am Hamburger Hauptbahnhof, ist jetzt einen Schritt weiter gediehen. In letzter Zeit hatten die Reichsbahndirektion Altona und die Hochbahngesellschaft Bedenken gegen den Plan geäußert, die eine, weil sie glaubte, das Gelände für einen unterirdischen Bahnhof für den Vorortverkehr mit Hamburg in Anspruch nehmen zu müssen, die andere in der Annahme, daß die Ausführung des Baues sie hindern werde, eine projektierte Untergrundbahn Hamburg-Bergedorf auszuführen. Aus diesem Dilemma fand man einen Ausweg, indem man beide Maßnahmen in das Untergeschoß des Messehauses verlegte. Der geplante Ideenwettbewerb ist jetzt dahin präzisiert worden, daß Maßnahmen verlangt werden sollen, die die gesamte Baumanne im Zusammenhang mit dem angrenzenden Straßenwall und den Straßenmündungen aufweisen. Durch entsprechende Preise sollen möglichst weite Kreise am Wettbewerb beteiligt werden.

Hamburg. Der Staatshaushalt. Der Hamburger Senat legt der Bürgerschaft seinen ersten Staatshaushaltsplan in Gold vor. Wie es nach einer jeßnjährigen Inflationszeit nicht anders sein kann, sind die angegebenen Zahlen natürlich nur geschätzt. Der Etat sieht an Einnahmen 164 736 219, an Ausgaben 165 066 745 Goldmark vor, so daß ein Defizit von 330 526 Goldmark verbleibt. Bei den Einnahmen ist die Reichsüberweisungssteuer, also die Einkommensteuer, nach den Angaben des Reiches mit 33,5 Millionen Goldmark angelegt. Unter den hamburgischen Steuern fungiert eine Grundsteuer für allgemeine Finanzzwecke in Höhe von 9 v. H. des Friedensmietwertes, eine Mietzins- und eine Gewerbeertragssteuer im Betrage von 28 500 000 Goldmark. Auf der Ausgabe Seite erscheinen die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates, errechnet nach den zurzeit gültigen Sätzen, mit 100 000 000 Mark. Dabei wird noch angenommen, daß das Reich nach wie vor den größten Teil der Ausgaben für die Ordnungspolizei trägt.

Bremen. Vom Kommunismus zum Hafentkrenz. Vor ungefähr einer Woche hat sich ein Arbeiter einem hiesigen Betrieb in einem Briefe an. Er bemerkte darin, „daß er jahrelang in den vielen Gewerkschaften und politischen Organisationen der modernen Arbeiterbewegung gekand und für diese gewirkt habe. Jetzt sei er jedoch zu der „Einigkeit“ gekommen, daß das falsch gewesen sei. Er habe sich deshalb der — deutsch-polnischen Bewegung angeschlossen und bitte, ihn in den Betrieb einzustellen.“ Dem Vertreter an den Interessen der Arbeiterklasse wurde von der Betriebsleitung zur Antwort gegeben, daß er sich nur in einem völkischen Betriebe betreiben möge. Dieser saubere Kumpen ist der Kommunist Otto. — Früher verzehrte er schon zum Frühstück mindestens einen „reformistischen“ Gewerkschaftsangehörigen und mehrere Sozialdemokraten. Nach vor wenigen Wochen belag dieses Subjekt den traurigen Mut, vom Metallarbeiterverband eine Kollagen-Unterstützung in Empfang zu nehmen und Sonnabend stellte er sich rücklings im Bureau dieses Verbandes ein, um sich die Maßregelungsunterstützung auszahlen zu lassen. — So sind diese Marktheiden beschaffen!

Deutscher Metallarbeiterkongress.

SPD. Kassel, 24. Februar. In der Freitagmittagsitzung des Metallarbeiterkongresses wurden zunächst noch einige Beschwärdefälle erledigt. Der Ausschluß von Oberdörfer-Opfaden und von Haber-Hamburg wurde in namentlicher Abstimmung bestätigt, desgleichen in einfacher Abstimmung einige weitere Ausschlüsse. Die Gehälter der Vorstandsmittglieder und Angestellten sowie die Entschädigungsätze wurden nach den Vorschlägen der Rechnungscommission festgelegt. Dann wurde in die Beratung des Statuts eingetreten. Ueber die Neuregelung der Beiträge und Unterstüßungen sowie über die Einführung der Verhältniswahl im Verband ertapann sich eine lange Debatte. Wegmann und Günther-Berlin (Opposition) traten für Einführung der Verhältniswahl ein, nur die Wahl des Vorstandes solle wie bisher erfolgen. Strobel-Geminnig und Brandes (Vorstand) lehnten die Verhältniswahl für die Gewerkschaften ab. Ueber die Einführung der Verhältniswahl wurde auf Antrag Günther namentlich abgestimmt. — In der

Sonnabend-Vormittagsitzung

wurde des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung über die Verhältniswahl bekanntgegeben. Mit 221 gegen 157 Stimmen wird die Einführung abgelehnt. 16 Delegierte haben sich der Stimme enthalten. Dann wird in der Statutenberatung fortgefahren. Säumann-Halle (Opposition) beantragt, die Zahl der Vorstehenden von 4 auf 2 zu vermindern. Das wird abgelehnt. Als Delegierte zum Internationalen Kongress werden gewählt: Dikmann, Reichel, Kummer-Stuttgart, Metz-Strankfurt a. M., Brümmer-Mannheim, Freitag-Hagen i. W., Köppler-Halle, Thimm-Breslan und Leopold-Kiel. Die Abstimmung wird von den Kommunisten mit stürmischen Zwischenrufen begleitet. Bei der Vorstandswahl wird der gesamte Vorstand wiedergewählt. Die Liste des bisherigen Vorstandes vereinigte durchschmittl. 252 Stimmen auf sich, während eine kommunistische Liste nur 86 Stimmen erhielt.

Dann wird noch über eine Reihe von Beschwerden verhandelt. Die Ausschlüsse von Meißner-Stuttgart, Neu-Strankfurt, Behnscheld-Kemscheid, Rieben-Kemscheid sowie Richard Müller, Ruck, Jelse, Merenberg und Max Müller werden durch die Generalversammlung bestätigt, was Anlaß zu stürmischen Kundgebungen der Kommunisten gibt. Für die meisten der Fälle war auf Antrag der Kommunisten die Abstimmung namentlich. Ein Antrag Schumann und Genossen, daß die Wiederaufnahme der wegen oppositioneller Gesinnung ausgeschlossenen verlangt, wird dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem Dikmann erklärt hat, daß wegen seiner Gesinnung noch niemand aus dem Verband ausgeschlossen sei. Ueber die Neuregelung der Beiträge und des Unterstüßungswesens wird zwischen der Statutenberausungscommission und den Fraktionen eine Einigung erzielt, die einstimmig vom Verbandstag akzeptiert wird. Der Anteil der Ortsverwaltung am Beitrag soll im ersten Quartal 1924 25 %, vom zweiten Quartal ab 20 % betragen.

In einer einstimmig angenommenen Entschlußung protestiert der Verbandstag sodann gegen den politischen und wirtschaftlich gegen die Arbeiterklasse ausgeübten Terror und fordert die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zum Kampfe gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Im zweiten Teil dieser Entschlußung wird der Arbeiterwohlfahrt und der Internationalen Arbeiterhilfe die wärmste Sympathie des Verbandstages ausgesprochen. Als Ort der nächsten Generalversammlung wird Bremen gewählt. Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Vermischte Nachrichten.

Schwere Zuchthausstrafen für Raubräuber. Die Stolper Strafammer verhandelte gegen die Räuber, die das Hebrons-Dammiger Postamt überfallen und beraubt hatten. Gegen drei der Angeklagten mußte das Verfahren abgetrennt werden, da sie wegen ihrer Verletzungen nicht verhandlungsfähig waren. Die vier anderen wurden wegen Bandenraubs und verurtheilt. Totschlags verurteilt, und zwar drei auf je 12 Jahren und einer zu 10 Jahren Zuchthaus. Einer der Verbrecher gab während der Verhandlung zu, daß er sich eines falschen Namens bedient hätte. Es handelt sich um einen von mehreren Staatsanwaltschaften gefuchten Schwerverbrecher.

Neue Kabelverbindungen mit dem Ausland. Vor kurzem wurde mitgeteilt, daß die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft unter Benutzung eines Seekabels eine unmittelbare Tele-

Verbindung von Emden mit der Londoner Station der Great Eastern Telegraph Company hergestellt würde, die zur Beförderung von Telegrammen nach Südamerika, Afrika, Asien und Australien bestimmt sei. Die Verbindung ist inzwischen fertiggestellt und in Betrieb genommen worden. Telegramme, die über die neue Verbindung befördert werden sollen, sind mit der Aufschrift **via Emden-Madaira** (nach Südamerika) und **via Emden-Ostern** (nach Afrika, Asien und Australien) zu bezeichnen. Ueber die Telegrammgebühren geben alle Telegrammannahmestellen Auskunft.

Theater und Musik.

Einem Richard Wagner- und Lieberabend veranstaltete Kammerleiter **Hensel** am Montag im „Marmoraal“. Hensel ist oder war in erster Linie Opernsänger und hat auch wiederholt im hiesigen Stadttheater den Nachweis erbracht, daß er zu den Besten gehört. Von der Bühne herab wirkt er bedeutender als vom Konzertpodium. Sein kräftiger Tenor klingt noch immer wohlklingend, wenn er auch schon etwas von dem früheren Glanz verloren hat, sein kultivierter Gesang lobt den Meister und erfreut den Hörer. So geschmackvoll auch die Lieder von Schubert, Schlegel, Liszt und Wagner sowie Verhovens, die Himmel rühmen“ vorgetragen wurden; echt warm wurden die Gesungenen erst bei den „Schmiedeliedern“ und anderen Bruchstücken aus Wagners Musikdramen. Den Sänger begleitet schmeiselt **Michael Koffert** am Klavier; mit zwei besonders technisch gut wiedergegebenen Musikstücken erzielte er sich lebhaften Beifall, der in stärkerem Maße noch Herrn Hensel zuteil wurde.

Briefkasten.

Ein Unwissender. Zu 1. Der Unternehmer kann die Kontrolle der Verbandsbücher in seinen Räumlichkeiten unterlegen. Zu 2.: Gegenmaßnahmen sind mit dem Vorstand der Organisation, die für den Betrieb zuständig, oder mit dem Gewerkschaftssekretär zu besprechen. Das S. R. G. ist noch in allen Paragraphen gültig. Die Zuständigkeit in gewissen Streitigkeiten ist vom Schlichtungsausschuß auf das Arbeitsgericht (früher Gewerbeamt) übertragen. Das Gesetz gilt selbstverständlich für alle deutschen Staatsbürger, sobald die Voraussetzungen des S. R. G. gegeben sind.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Strassenbahn-Wartehalle in Rüditz.

Der Artikel in Nr. 45 des Lübecker General-Anzeigers über den Zustand der Wartehalle in Rüditz gibt uns Veranlassung, gegen die unerhörte Behandlung dieser Wartehalle überlassenen Schutzhalle einmal öffentlich Stellung zu nehmen. Wir hätten uns jedoch gefreut, wenn die Prüfung der Angelegenheit durch den Amtschreiber etwas sachlicher ausgefallen wäre, zumal den Ausführungen zu entnehmen ist, daß der Einziger den Zustand der Wartehalle seit langem beobachtet. Zum Vergleich der Sachlage sei die noch weitlich einjämmer stehende Wartehalle bei der Korfshalle herangezogen. Kein Jahrgang wird sich über den Zustand dieser Wartehalle beklagen können. Trotzdem auch dort durch Unachtsamkeit alljährlich viel Schaden angerichtet wird, haben wir selbst in dem für den Betrieb wirtschaftlich außergewöhnlich schweren Jahre 1925 im Interesse unserer Jahrgäste keine Kosten gescheut, dieselbe ebenso wie alle anderen Wartehallen des Betriebes neu Grund aus herrichten zu lassen. Wenn aber an der Wartehalle in Rüditz damals und auch bis heute nichts unternommen wurde, so läßt das doch nur den einen Schluss zu, daß hier besondere Umstände vorliegen müssen. In erster Reihenfolge, jeder Beschreibung spottender Weise wird diese Wartehalle seit Jahren be-

schädigt und in gewalttätiger Weise demoliert. Jedesmal, wenn das Türschloß repariert oder erneuert war, um, wie allgemein üblich, die Wartehallen für den Betrieb wieder verschließen zu können, wurde die Tür in kürzester Frist von neuem aufgebroschen oder das Schloß gar beseitigt. Die Fenster Scheiben wurden nach all den vielen Erneuerungen jedesmal wieder einzeln eingeschlagen, ja selbst die Fensterproffen durchgebrochen. Auch die Halbleuchtenbeleuchtung blieb nicht verschont, mutwillige Hände haben sie immer wieder zerstört und so nach vieles andere mehr, so daß wir über die schwere wirtschaftliche Zeit nothgedrungen davon Abstand nehmen mußten, solche andauernden kostspieligen Beschädigungen, gegen die wir vollkommen machtlos waren, laufend auszubessern. Nur eine mit bedeutenden Aufwendungen verbundene Veränderung, die längst vorgezogen ist und die im Frühjahr, sobald es die Witterung erlaubt, vorgenommen werden soll, kann hier einigermaßen dem rohen und frivolen Treiben Einhalt bieten. Wir können neben den öffentlichen Aufsichtorganen nur unsere Jahrgäste an dieser Stelle auch darum bitten, uns in der Ueberwachung der Wartehallen, hauptsächlich bei Nacht, zu unterstützen und erkannte Uebelthäter unweigerlich zur Anzeige zu bringen.

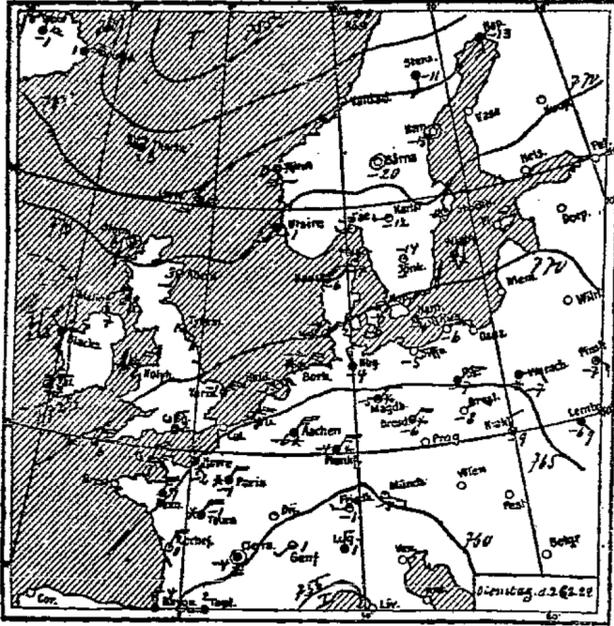
Städtische Betriebe. Abteilung Straßenbahn.

Weiterbericht der Deutschen Gewerks.

Das über der Rheingegend liegende Tief ist nach dem Mittelmeer abgewandert. Reste der Depression liegen noch über Süddeutschland. Die nordische Depression hat sich weiter vertieft und drängt den Keil des sibirischen Hochs über Skandinavien zurück. Heute morgen überschritt ein Ausläufer dieser Depression Ostpreußen. Es sieht zu erwarten, daß sich aus diesem Ausläufer ein Tiefstief entwickelt, das seinen Weg über Großbritannien nach Süden nehmen wird. Die Schneedecke sowie der östliche Luftstrom dürfte dem Eindringen dieses Tiefs zunächst noch Widerstand entgegenzusetzen.

Vorhersage für Mittwoch, den 27. Februar

Zunächst noch heiter bis wolfig, dann zunehmende Trübung und neblig, Neigung zu Schneefällen, leichter Frost.



ERKLÄRUNG.

☉ wolklos ☁ heiter ☁ halbbedeckt ☁ wolkig ☁ bedeckt ☁ Regen ☁ Schnee ☁ Nebel ☁ Gewitter ☁ Sturm ☁ sehr leicht ☁ leicht ☁ schwach ☁ mäßig ☁ frisch ☁ stark ☁ sehr stark ☁ Sturm. Die Pfeile zeigen die Richtung des Windes. Die eingekreisten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck (ungetrieben) Barometerstände. Die Zahlen an den Orten sind die Zahlen der Lufttemperatur in Grad Celsius.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 26. Februar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die Tendenz befestigte sich heute etwas, ohne daß dadurch das Geschäft belebter war, nur Futtermittel sind durchweg auf Verkauf. (Preise in Rentenmark per 1000 Kilo. Rentenmark 4,20 = 1 US-Dollar.) Weizen 160-166, Roggen 140-144, Hafer 114-120, Winter- und Sommer-Gerste 153-175 (ab inländischen Stationen einschl. Vorkommern), ausländische Gerste 171-173, Mais 180 bis 184 frei Kaimpaqon. Oelkuchen: Tendenz etwas freundlicher, Preise leicht anziehend.

Futtermittel. Hamburg, 26. Febr. Mais loco in Rentenmark 9,10 La-Blata-Mais, April-Mai-Abladung 9,50 holl. Gulden, Juli-September 8,20 Rentenmark; Weizenfuttermehl (24proz.), März, 1,40 Dollar; Balmkuchen, März, 6 Rentenmark; Rostkuchen, März, 8,30 Rentenmark; Inland-weizenkleie, loco, 4,90 Rentenmark; Gerste, loco, 8,50 Rentenmark. Tendenz: freundlicher bei kleinem Geschäft.

Schweine. Hamburg, 26. Februar. Es wurde gezahlt für 1 Pfd. Lebendgewicht: beste Fettschweine über 250 Pfd 69 bis 70 Pfg., mittelschwere Ware über 220 Pfd 67-68 Pfg., gute leichte Ware von 180-220 Pfd. 64-66 Pfg., geringere Ware 55 bis 62 Pfg., beste Sauen 57-68 Pfg. — Marktzufuhr: 4294 Schweine.

Deine Interessen

als werktätig Schaffender vertritt nur ein Arbeiterblatt die bürgerlichen Zeitungen stehen ausschließlich dem Unternehmertum zu Diensten, dessen Profitstreben keine Rücksicht auf die Not anderer kennt. Lohnföhrungen, Arbeitszeitverlängerung, Unterdrückung der Arbeiterschaft durch brutalen Herrenwillen, verächt die bürgerliche Presse. Deshalb mußt Du als Arbeiter auch Deine Presse lesen.

Der Lübecker Volksbote

kämpft seit 30 Jahren für den Aufstieg des Volkes, gegen Herrenmacht, gegen Entrechtung. Willst Du, daß Deine staatsbürgerlichen Rechte gesichert werden, daß es besser werde, dann mußt Du die sozialdemokratische Presse halten. Die Reaktion rüflet, will Dich restlos niederdrücken, aus dem Ertrag Deiner Arbeit ein Herrenreich aufbauen. Die offenen und geheimen Monarchisten erstreben einen neuen Krieg, der für Dich neues unerhörtes Elend bringt. Wehre Dich dagegen! Bestelle den Lübecker Volksboten, der Dir Aufklärung über alle politischen Tagesfragen gibt. Auch über alles sonstige Wissenswerte gibt er Dir Auskunft. Neben dem täglichen Unterhaltungsbeilagen bringt Dir die wöchentlich erscheinende, achtseitige illustrierte Beilage

Volk und Zeit

Anregung und Belehrung. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. Bei Bestellung durch die Post genügt es, den untenstehenden Schein auszufüllen, dem Briefträger zu geben oder in den Briefkasten zu werfen. Den Betrag zahlt die Post gebührenlos ein.

In das Postamt hier.

Unterzeichneter bestellt den Lübecker Volksboten für den Monat März zum Preise von ... Goldmark.

Name: _____
Stand: _____
Ort: _____
Straße und Nr.: _____

Amtlicher Teil

Öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses

am Donnerstag, dem 28. Februar 1924, nachm. 4 Uhr, im Verwaltungsgesamtsgebäude, Fischmarktstraße 20, Zimmer 25. (12647)

Gutschein-Ausgabe für Britetts im Wohlfahrtsamt, Untertrabe 104.

- A) Für Sozialrentner, Zimmer 1:
29. Febr. 1. März 3. März 4. März
A B C H I K L M N O P Q R V W Z
8^{1/2}-12 Uhr vorm.
D E F G S Sch St
1^{1/2}-3 Uhr nachm.
- B) Für Kriegshinterbliebene, Zimmer 28:
3. März 4. März 5. März
A-H I-P Q-U-Z 8^{1/2}-12 Uhr vorm.
- C) Für Kriegseingeschädigte, Zimmer 13:
3. März (8^{1/2}-12 Uhr vorm. u. 3-6 Uhr nachm.)
- D) Für kinderreiche Familien, Zimmer 1
(Familien, die im Wohlfahrtsamt Brotverbilligung erhalten).
6. März 7. März
A-L M-Z (8^{1/2}-11 Uhr vorm.)

➤ Anweisungskarten sind mitzubringen! ➤
12657) Das Wohlfahrtsamt.

Stadtbrief vom 20./11. 1923 gegen Arbeiter Konrad Förster, geb. 20. 3. 1904 Breslau, ist erledigt. Unterzeichnungsgesicht b. Landgericht Lübeck. 12656

Waisenhaus. Die Gesuche um Aufnahme in das Waisenhaus sind von den

Nichtamtlicher Teil

St. 2-Zimmer-Wohnung, tauschg., abzugeben, siehe 2. od. 3. Zimmer, Ang. u. 6 720 a. d. Exp.

Für die erntefreien Aufmerksamkeit u. Gedächtnis zu unserer Hochzeitsfeier danken herzlich. **Artur Kupfer u. Frau geb. Martenson.** Seeres, 26. 2. 24. (12652)

Für die Gratulationen, Besuche und Aufmerksamkeit zu unserer silbernen Hochzeit danken mir herzlich. **August Qualmann und Frau.** Sedanstr. 4a. (12672)

Heute starb nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter **Elisabeth Juhmann geb. Wlaser** im 70. Lebensjahre. In tiefer Trauer die Hinterbliebenen. **J. Juhmann.** Sedanstr. 19 a. pl. Lübeck, 25. 2. 24. Beerd. Freitag d. 29. Febr., 2^{1/2} nachm. von der Leichenhalle Bornwerf. (12671)

Für die vielen Beweise zünger Teilnahme beim Ableben meines lieben Mannes dem Verein und Verband sowie Herrn **Bauer Brandenburg** herzlichen Dank. (12644) **Sophie Ahrendt geb. Schlarom.**

1 möbl. Zimmer für alte Frau gesucht. Ang. u. 6 721 a. d. G. (12654)

Originalgröße! (12674) Ganz vorzügliche Qualität!

10 Stück 95 Pfg.

100 Stück 9 Mark

Grundmann, Schüsselbuden 32.

John
Städtische Leihbibliothek
Schüsselbuden 3/5
bietet an:

Lose
zur 1. Klasse
Preussischen
Staatslotterie
Ziehung schon 7. März.
Hauptgewinn
100 000 Rentenmark
1/5 3, 1/6 6, 1/12 12 u. 1/24 24 M.
Anspruch 30 Pfg. für Liste und Porto. (12676)
Postcheck Hambg. 15406

Semeinnützige Bestattungsgesellschaft
Hundestraße 49/51 Fernruf 2451 (12641)
bietet sichere Gewähr für preiswerte, pietätvolle Ausführung aller Bestattungen.

Flottes Maskenkostüm zu vermieten. (12645) St. Annenstr. 6.

2 hübsche Dam.-Maskenkostüme zu vermieten. Siedlung Brandenbaum (12668) Kuratoppel 15

Zierhaare
(bes. Schweinshaare) kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner
Telephon 3115 (12601)
Dannewitz, abe 26 Postfachstraße 8.

+ Magerkeit +
Schöne volle Körperformen durch unser "Bezo" Kräftigungsmittel.
in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd Zunahme. Garant. unbedinglich. Arztlich empfohlen. Streng reell! Utele-Dantischrieb-Karton mit Gebr.-Anw. Nr. 250
Adler-Apotheke.
Lübeck, Ob. Mengstr. 11 (12453)

Inserate
sind nur an unsere Geschäftsstelle aufzufüllen oder an diese zu richten.

NG Notgemeinschaft für Bestattungen R. L. e. V. e. V. Lübeck.

Bezirk Travemünde.
Die Beiträge sind an Herrn **Johannes Andresson**, Kurgartenstraße 45, zu zahlen, welcher sich bereit erklärt hat, vierteljährlich den nötigen Betrag bei den Mitgliedern abzuholen.

Bezirk Schwartau.
Die Bezirkssperiammlung wählt Herrn **Hermann Giese** in Kensefeld, Wanner Straße 30, zum Bezirkskassierer. Die Beiträge werden Sonnabends, nachm. von 5 bis 8 Uhr und Sonntags, vorm. von 9 bis 12 Uhr entgegengenommen. (12673)

Der in den Bezirken beschlossene Zuschlag zu den Beiträgen ist von den Mitgliedern zu zahlen. Neuaufnahmen erfolgen durch die Bezirkskassierer und in der Geschäftsstelle Hundestraße 49/51. Der Vorstand.

Lotto
Kerzen, ob. Hülfr. 1 empficht
Lose
1. Kl. Preuss. Staatslotterie
Ziehung am 7. März.
1/8 1/4 1/2 1/1
3.- 6.- 12.- 24.-